

Philipp Gassert

Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden

Die Nuklearkrise der 1980er Jahre als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung

Die Kontroverse um die Nachrüstung und über den NATO-Doppelbeschluss war ein zentraler politischer und gesellschaftlicher Konflikt der frühen 1980er Jahre. Denn sie betraf weit mehr als eine Handvoll außen- und sicherheitspolitischer Experten. Sie schlug in der Bundesrepublik weite Kreise in ihren Bann. Dafür sorgten Proteste: Hunderte von kleineren und größeren Veranstaltungen, von Informationstischen auf Marktplätzen, kleinräumigen Straßentheatern, lokalen Umzügen, Foren und Podiumsdiskussionen, bis hin zu Großveranstaltungen wie der langen Menschenkette von Neu-Ulm nach Stuttgart während der »Aktionswoche Herbst '83«.¹ Auch der Deutsche Bundestag war kontinuierlich Forum des »Raketenstreits«. 37 Mal befasste er sich mit dem am 12. Dezember 1979 von der NATO verabschiedeten Doppelbeschluss, bevor er am 22. November 1983 mit der Stimmenmehrheit von Union und FDP grünes Licht für die Stationierung von 108 Pershing-II-Raketen und 96 Cruise Missiles auf westdeutschem Boden gab.² Er sollte, auch dank des Einzugs der Grünen in den Bundestag³, in den folgenden Jahren immer wieder darauf zurückkommen, während an Symbolorten der Stationierung wie Mutlangen Protest beinahe alltäglich wurde.⁴ Vor Gericht dauerten die Auseinandersetzungen noch bis weit in die 1990er Jahre an. Mehrfach musste sich auch das Bundesverfassungsgericht damit beschäftigen.⁵

Die Bedeutung dieser wichtigsten politischen Großkontroverse der 1980er Jahre liegt auf mehreren Ebenen: Ihre primäre politische Bedeutung erwächst daraus, dass sie als politisch-parlamentarisches Ereignis mit dem Regierungswechsel vom Oktober 1982 ursächlich verknüpft war.⁶ Ihre gesellschaftliche Wirkung aber liegt darin, dass sie konsti-

1 Einen Einblick in die Breite der Aktivitäten geben die »Rundbriefe« des Bonner Koordinationsausschusses, Archiv Grünes Gedächtnis, ZS 8389. Zu den Organisations- und Protestformen vgl. *Christoph Becker-Schaum*, Die institutionelle Organisation der Friedensbewegung, in: *ders./Philipp Gassert/Martin Klimke* u. a. (Hrsg.), »Entrüstet Euch!«. Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 151–168.

2 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 10. Wahlperiode, 36. Sitzung, 22.11.1983, S. 2590, Wiederabdruck in: Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag. Protokoll einer historischen Entscheidung, Reinbek 1984, S. 11–274; der Leitantrag von CDU/CSU und FDP, in: ebd., S. 272–274; die Zahlen nach *Jeffrey Herf*, War by Other Means. Soviet Power, West German Resistance, and the Battle of the Euromissiles, New York 1991, S. 205.

3 Eckart Conze spricht in diesem Zusammenhang von einer Reparlamentarisierung der Nachrüstungskontroverse ab 1983, vgl. *Eckart Conze*, Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: *Zeithistorische Forschungen* 7, 2010, H. 2, S. 220–239.

4 *Volker Nick/Volker Scheub/Christof Then*, Mutlangen 1983–1987. Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung, Mutlangen 1993.

5 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE) 66, 39: 16.12.1983; 68, 1: 18.12.1984; 73, 206: 11.11.1986; 76, 211: 14.7.1987; 92, 1: 10.1.1995; als Überblick über die Rechtsprechung *Werner Offenloch*, Erinnerung an das Recht. Der Streit um die Nachrüstung auf den Straßen und vor den Gerichten, Tübingen 2005.

6 Wie genau die Gewichtung wirtschaftspolitischer und außenpolitischer Konfliktpunkte im Bruch der Koalition 1981/82 vorzunehmen ist, ist umstritten, vgl. vor allem *Andreas Wirsching*, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München

tativer Teil sinnstiftender Debatten über das bundesdeutsche Gemeinwesen war sowie zu einem gewichtigen Ausdruck der mentalen Verarbeitung der sozioökonomischen Umbrüche der 1970er und 1980er Jahre wurde.⁷ Die Nuklearkrise war auch Reflexionsraum des zeitgenössisch viel diskutierten Wandels elementarer Wertvorstellungen, der in den 1960er Jahren eingesetzt hatte, sich in den 1970er Jahren beschleunigte und auch in den 1980er Jahren noch anhalten sollte.⁸ Und schließlich steht die Raketendebatte für den Wandel der politischen Kommunikationsformen und des Politischen überhaupt, wie sich anhand der medialen Strategien der Nachrüstungsgegner wie auch der Befürworter zeigen lässt.⁹

Es wird hier von »Nuklearkrise« gesprochen, weil in dem großen Streit um Frieden und Nachrüstung nur vordergründig über eine rein außen- und sicherheitspolitische Option debattiert wurde. Der salopp so bezeichnete »Raketenstreit« besaß stellvertretende Funktion für soziale Selbstverständigungs- und Identifikationsdebatten.¹⁰ In Gesellschaften mit demokratischen Rückkopplungsprozessen sind außenpolitische Kontroversen in der Regel in innergesellschaftliche Konfliktlinien integriert.¹¹ Die sich nach dem Höhepunkt der Entspannung Mitte der 1970er Jahre anbahnende erneute Verschärfung des Ost-West-Konflikts, verstärkt seit der Kontroverse über die Neutronenbombe schon 1977, dann dem Doppelbeschluss und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan 1979

2006, S. 19f.; *Friedhelm Boll/Jan Hansen*, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: *Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker* (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der Nato-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 203–228, hier: S. 222–224.

- 7 *Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael*, Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008; *Konrad Jarausch*, Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008; *Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching* (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*, München 2009; kritisch zur Krisendebatte *Martin H. Geyer*, Auf der Suche nach der Gegenwart. Neue Arbeiten zur Geschichte der 1970er und 1980er Jahre, in: *AfS* 50, 2010, S. 643–669, hier: S. 650.
- 8 So zeitgenössisch *Erhard Eppler*, Friedensbewegung, in: *Walter Jens* (Hrsg.), *In letzter Stunde. Aufruf zum Frieden*, München 1982, S. 143–166, hier: S. 152; einen intellektuellen Bezugspunkt dieser Debatte bildete die Studie von *Ronald Inglehart*, *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics*, Princeton, NJ 1977; zur Historiografie des »Wertewandels« vgl. *Andreas Rödder*, Werte und Wertewandel. Historisch-politische Perspektiven, in: *ders./Wolfgang Elz* (Hrsg.), *Alte Werte – Neue Werte. Schlaglichter des Wertewandels*, Göttingen 2008, S. 9–25.
- 9 Vgl. die Hinweise bei *Frank Bösch*, Umbrüche in die Gegenwart. Globale Ereignisse und Krisenreaktionen um 1979, in: *Zeithistorische Forschungen* 9, 2012, H. 1, S. 8–32, sowie zur Mediengeschichte allgemein *Holger Nehring*, Debatten in der medialisierten Gesellschaft. Bundesdeutsche Massenmedien in den globalen Transformationsprozessen der siebziger und achtziger Jahre, in: *Raithel/Rödder/Wirsching*, *Auf dem Weg in eine neue Moderne*, S. 45–65.
- 10 Ein paralleles Argument in Bezug auf die Erdölkrise beziehungsweise sozialstaatliche Debatten findet sich bei *Rüdiger Graf*, Die Grenzen des Wachstums und die Grenzen des Staates. Konservative und die ökologischen Bedrohungsszenarien der frühen 1970er Jahre, in: *Dominik Geppert/Jens Hacke* (Hrsg.), *Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik*, Göttingen 2008, S. 207–228; und bei *Winfried Süß*, Der keynesianische Traum und sein langes Ende. Sozioökonomischer Wandel und Sozialpolitik in den siebziger Jahren, in: *Jarausch*, *Das Ende der Zuversicht*, S. 120–137, hier: S. 133.
- 11 Als Überblick zu dieser Debatte vgl. *Eckart Conze*, Zwischen Staatenwelt und Gesellschaftswelt. Die gesellschaftliche Dimension in der Internationalen Geschichte, in: *Winfried Loth/Jürgen Osterhammel* (Hrsg.), *Internationale Geschichte. Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000, S. 117–140; vgl. die Gegenposition bei *Andreas Rödder*, Sicherheitspolitik und Sozialkultur. Überlegungen zum Gegenstandsbereich der Geschichtsschreibung des Politischen, in: *Hans-Christof Kraus/Thomas Nicklas* (Hrsg.), *Geschichte der Politik. Alte und neue Wege*, München 2007, S. 95–125.

sowie dem Amtsantritt Ronald Reagans 1981 – allesamt wichtige ereignisgeschichtliche Marken –, warf vehement Fragen nach der Positionierung der Bundesrepublik in Europa auf. Hierbei wurde dann auch intensiv über die kulturelle und politische Westorientierung gestritten, wobei der Vorwurf beziehungsweise die Zurückweisung von »Antiamerikanismus« zum Mittel der Positionsbestimmung wurde. Und es wurden, auch dies dürfte nicht überraschen, diametral entgegengesetzte »Lehren aus der Vergangenheit« gezogen und mit »gesinnungs-« oder »verantwortungsethischen« Positionen untermauert.

Daher war der »Streit um den Frieden« – so die hier vertretene These – letztlich eine Arbeit am bundesrepublikanischen Konsens. Er hatte integrierende Funktion.¹² So erbittert über die Stationierung auch debattiert wurde, so offenkundig ist gleichzeitig, dass beide Seiten ihre Argumente aus Grundsatzpositionen heraus legitimierten, die in der politischen Kultur der Bundesrepublik inzwischen annähernd konsensualen Status erreicht hatten (vor allem im Vergleich zu den 1960er Jahren): erstens die kulturelle Westbindung, zweitens die erinnerungskulturelle Akzeptanz der NS-Erblast und, damit verknüpft, drittens die Vorstellung eines deutschen Friedensauftrags in Europa sowie viertens die Akzeptanz von Parlamenten und Gerichten als Foren des politischen Streits. Dass die Bundesrepublik sich nun übereinstimmend als Teil einer politischen Kultur des demokratischen Westens verstand, zeigte sich – neben den vielfachen Verweisen beider Seiten des Debattenspektrums auf die engen Beziehungen in die USA – auch an der relativ weitgehenden Akzeptanz bestimmter Protestformen selbst durch die Befürworter der Nachrüstung; zudem argumentierten beide Seiten in ähnlicher Weise mit den »historischen Erfahrungen« des Zweiten Weltkriegs, woran sich die breite Einwurzelung eines post-nationalsozialistischen Erinnerungskonsenses zeigen lässt. Und wie sehr Deutschland als Friedensmacht gesehen wurde, dafür steht die Akzeptanz der Formel von »Frieden in Freiheit« durch die Befürworter der Nachrüstung sowie die überwältigende Resonanz des Themas »Frieden« in der Populärkultur.

Dass Streit nicht konsenssprengend, sondern konsensstabilisierend und konsensbildend wirkt, klingt paradox. Hier lässt sich anknüpfen an theoretische Überlegungen Georg Simmels, der in seiner klassischen Studie über die »Soziologie des Streits« (1908) argumentiert hat, dass Streit eine Form der Vergesellschaftung sei. Jede Gesellschaft benötige »irgendein quantitatives Verhältnis von Harmonie und Disharmonie, Assoziation und Konkurrenz, Gunst und Missgunst[,] um zu einer bestimmten Gestaltung zu gelangen«. Für Simmel waren gesellschaftliche Konflikte daher »keineswegs bloße soziologische Passiva, negative Instanzen, so dass die definitive, wirkliche Gesellschaft nur durch die anderen und positiven Sozialkräfte zustande käme«. Vielmehr sei Gesellschaft das Ergebnis beider. Streit wollte er daher als »positiv«, als sozial aufbauend verstanden wissen.¹³ In der Nachfolge Simmels hat unter anderem Ralf Dahrendorf in den 1960er und 1970er Jahren auf das gesellschaftlich integrative Potenzial von Konflikten hingewiesen. Bei Dahrendorf richtete sich dies in seinem bekannten Buch »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland« insbesondere auch gegen das deutsche Gemeinschaftsdenken und die »Sehnsucht nach Synthese«.¹⁴ Hieran knüpfte später die moderne Konfliktforschung an,

12 Klaus Naumann spricht mit Bezug auf die Nachrüstungsdebatte sogar von »Selbstanerkennung« der Bundesrepublik durch die »kryptokommunistische« Linke, die dadurch von einer externen zu einer internen Haltung der Opposition gekommen sei, vgl. Klaus Naumann, Nachrüstung und Selbstanerkennung. Staatsfragen im politisch-intellektuellen Milieu der ›Blätter für deutsche und internationale Politik‹, in: Geppert/Hacke, Streit um den Staat, S. 269–289.

13 Georg Simmel, Der Streit, in: ders., Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1923, S. 186–255, hier: S. 187; vgl. zur Kritik Carsten Stark, Die Konflikttheorie von Georg Simmel, in: Torsten Bonnacker (Hrsg.), Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung, Wiesbaden 2008, S. 83–96.

14 Ralf Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, Stuttgart 1965; ders., Konflikt und Freiheit. Auf dem Weg zur Dienstklassengesellschaft, München 1972; hierzu Jörn Lamla,

für die gehegte Konflikte letztlich grundlegend für sozialen Wandel in offenen Gesellschaften sind. Helmut Dubiel zufolge ist der »unblutige Dauerstreit der demokratischen Öffentlichkeit« Charakteristikum einer modernen Zivilisation.¹⁵

Zweifellos trifft die Simmel-These nicht summarisch auf jede beliebige historische Epoche und Konstellation zu, beziehungsweise bringt jede Art von Konflikt notwendig positive Effekte der gesellschaftlichen Integration hervor.¹⁶ In der soziologischen und politikwissenschaftlichen Konfliktforschung wird, zurückgehend auf Klassiker der politischen Ideengeschichte wie Machiavelli, Hegel oder Tocqueville, seit Jahrzehnten intensiv darüber debattiert, wann und unter welchen Bedingungen ein Konflikt integrierend, ab wann er desintegrierend, ab wann er als »Bindemittel«, ab wann er als »Lösemittel« gesellschaftlicher Bindungen wirkt.¹⁷ Daher bringen Verallgemeinerungen die historische Analyse nicht sehr weit. Doch auch ohne die ausdifferenzierte Diskussion der Konfliktforschung, mit zum Teil widersprüchlichen Konfliktbegriffen¹⁸, auch nur annähernd referieren oder ihr gerecht werden zu können¹⁹, kann darauf verwiesen werden, dass der Streit um die Nachrüstung für die Untersuchung der spezifischen Voraussetzungen einer positiv vergesellschaftenden Funktion von Konflikt ein aufschlussreiches Fallbeispiel darstellt.

In diachroner und damit historisch interessierter Perspektive kann der Streit um den NATO-Doppelbeschluss und den Frieden in den 1980er Jahren daher als Teil einer wachsenden Akzeptanz von Konflikt und damit der Verbreiterung einer demokratischen Konfliktkultur nach westlichem Vorbild verstanden werden. Streit war in den 1980er Jahren auf der Basis eines Minimalkonsenses akzeptabel, wobei auch die Austragungsformen dieses Streits nicht über Nacht von allen akzeptiert wurden, aber doch als Teil einer demokratischen Debattenkultur zunehmend konsensual werden konnten.²⁰ Daher stelle ich im Folgenden in einem ersten Schritt im Überblick die Charakteristika der Friedensbewegung heraus und zeige kurz, welche Resonanz der Streit um den Frieden in der Populärkultur fand. Anschließend steht im zweiten Teil die Verbindung von Nuklearkrise und außenpolitischer Krisenperzeption im Mittelpunkt. In einem dritten und vierten Schritt wird an der Debatte über die Westbindung und die NS-Vergangenheit nach den soziale

Die Konflikttheorie als Gesellschaftstheorie, in: *Bonnacker*, Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien, S. 207–229.

- 15 *Helmut Dubiel*, Integration durch Konflikt?, in: *Jürgen Friedrichs/Wolfgang Jagodzinski* (Hrsg.), *Soziale Integration*, Wiesbaden 1999, S. 132–143. Dubiel wendet sich gegen die Kritik von *Albert O. Hirschman*, *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft?*, in: *Leviathan* 1994, S. 293–304, der gegenüber einer funktionalistischen Integrationsthese die Bedeutung von gemeinsamen Werten betont.
- 16 Simmel akzeptiert, dass es »Kämpfe« gibt, in denen »der Beisatz des vereinheitlichen Elementes gleich Null« geworden sei, wenn es zum Beispiel um Vernichtung schlechthin gehe. *Simmel*, *Der Streit*, S. 194. Diese Grenzfälle treffen jedoch auf demokratische Gesellschaften in der Regel nicht zu.
- 17 Hierzu *Hirschman*, *Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft*, S. 297f.; sowie als weiterer Klassiker der soziologischen Diskussion vor allem *Lewis A. Coser*, *Continuities in the Study of Social Conflict*, New York 1967.
- 18 *Rudolf-Christian Hanschitz*, Konflikte und Konfliktbegriffe, in: *Gerhard Falk/Peter Heintel/Ewald E. Krainz* (Hrsg.), *Handbuch Mediation und Konfliktmanagement*, Wiesbaden 2005, S. 63–82.
- 19 *Peter Imbusch*, Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – ein Überblick, in: *Peter Imbusch/Ralf Zoll* (Hrsg.), *Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung*, Wiesbaden 2010, S. 143–178, sowie die Beiträge in *Bonnacker*, *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien*.
- 20 Dies wird besonders deutlich an dem Streit um die Sitzblockaden und die Frage der Nötigung, vgl. *Jürgen Habermas*, *Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik*, in: *Peter Glotz* (Hrsg.), *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*, Frankfurt am Main 1983, S. 29–53, vgl. auch unten Teil V.

Identität und Konsens stiftenden Aspekten der Debatte gefragt, bevor in einem abschließenden Teil noch auf Protest als Kommunikationsmedium eingegangen wird.

I. ZUR POPULARITÄT DES FRIEDENS IN DEN 1980ER JAHREN

Es ist nicht selbstverständlich, dass Menschen demonstrierend auf die Straßen gehen, sich im kalten November-Wetter vor ein Kasernentor setzen oder dass »nukleare Weltuntergänge« in der Populärkultur zum modischen Massenphänomen werden. Beides war in den frühen 1980er Jahren relativ weit verbreitet. Die Protestmobilisierung erreichte in den 1980er Jahren eine neuartige Intensität in der Bundesrepublik – wie praktisch in ganz Westeuropa und Nordamerika.²¹ Millionen verliehen ihrer Ablehnung der drohenden Stationierung von Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles Ausdruck beziehungsweise traten in den USA für ein Einfrieren (»Freeze«) der Rüstung ein.²² Unvergessen unter Zeitzeugen sind die Podien auf den beiden Kirchentagen 1981 und 1983, während die Demonstrationen im Bonner Hofgarten 1981 und 1983, die »Prominenten-Blockade« von Mutlangen sowie die Menschenketten aus Anlass des »heißen Herbsts« 1983 sich ins kollektive Gedächtnis eingepägt haben. Nicht minder wirken manche der populären Lieder nach, wie Nicoles »Ein bißchen Frieden«, Nenas »99 Luftballons« oder auch Filme und literarische Zeugnisse der nuklearen Kultur der 1980er Jahre.²³

Die neue Friedensbewegung der 1980er Jahre hatte eine lange Vorgeschichte in der »alten« Friedensbewegung und in der Ökologiebewegung, aus deren Reihen sich auch die wichtigsten Bewegungsaktivisten rekrutierten.²⁴ Verwiesen Kritiker der Bewegung vor allem auf den von der kommunistischen Deutschen Friedensunion lancierten »Krefelder Appell« vom 16. November 1980 als wichtige Initialzündung der neuen Friedensbewegung²⁵,

21 Mit der wichtigen Ausnahme Frankreich; für einen ersten, über Deutschland hinausgreifenden historischen Überblick vgl. die entsprechenden Kapitel bei *Lawrence S. Wittner*, *Toward Nuclear Abolition. A History of the World Nuclear Disarmament Movement, 1971 to the Present*, Stanford, CA 2003.

22 Zu den transatlantischen Unterschieden vgl. *Wilfried Mausbach*, Vereint marschieren, getrennt schlagen? Die amerikanische Friedensbewegung und der Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschluss, in: *Gassert/Geiger/Wentker*, *Zweiter Kalter Krieg*, S. 283–304; *Holger Nehring*, Transnationale Netzwerke der bundesdeutschen Friedensbewegung, in: *Becker-Schaum/Gassert/Klimke*, *Entrüstet Euch*, S. 213–228.

23 Vgl. *Philipp Baur*, Nukleare Untergangsszenarien in Kunst und Kultur, in: *Becker-Schaum/Gassert/Klimke*, *Entrüstet Euch*, S. 325–338 – Baur arbeitet in Augsburg an einem entsprechenden Dissertationsprojekt; *Ulrich Krökel*, »Bombe und Kultur«. Künstlerische Reflexionen über die Atombombe von Hiroshima bis Černobyl, in: *Michael Salewski* (Hrsg.), *Das nukleare Jahrhundert. Eine Zwischenbilanz*, Stuttgart 1998, S. 188–216; *Ilona Stölken-Fitschen*, *Bombe und Kultur*, in: *Michael Salewski* (Hrsg.), *Das Zeitalter der Bombe. Die Geschichte der atomaren Bedrohung von Hiroshima bis heute*, München 1995, S. 258–281.

24 Zur Kontinuität mit der älteren Friedensbewegung *Benjamin Ziemann*, A Quantum of Solace? European Peace Movements during the Cold War and their Elective Affinities, in: *AfS* 49, 2009, S. 351–389, hier: S. 363f.; zum Kontext der 1970er Jahre *Thomas Leif*, Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren, Opladen 1990, S. 296f.; *Rüdiger Schmitt*, Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen einer neuen sozialen Bewegung, Opladen 1990, S. 15f.; *Alice Holmes Cooper*, Paradoxes of Peace. German Peace Movements since 1945, Ann Arbor 1996, S. 211–233; *Susanne Schregel*, Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt am Main 2011, S. 69ff.

25 Zuletzt *Helge Heidemeyer*, NATO-Doppelbeschluss, westdeutsche Friedensbewegung und der Einfluss der DDR, in: *Gassert/Geiger/Wentker*, *Zweiter Kalter Krieg*, S. 247–267; *Udo Baron*, *Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten*

so wird in der historischen und sozialwissenschaftlichen Forschung inzwischen betont, dass nach einer »Diskussions- und Latenzphase« 1980/81 die von christlichen Gruppen wie den Evangelischen Studentengemeinden getragenen Demonstrationen auf dem Hamburger Kirchentag vom 20. Juni 1981 den, gerade auch medial, wichtigsten Durchbruch erbrachten: einerseits aufgrund des unerwartet hohen Mobilisierungserfolgs mit erstmals 100.000 Demonstranten, andererseits aufgrund der öffentlichkeitswirksamen Konfrontation zwischen prominenten Nachrüstungskritikern wie dem ehemaligen Berliner Bürgermeister und Pastor Heinrich Albertz auf der einen Seite und dessen Parteifreunden Bundeskanzler Helmut Schmidt und Verteidigungsminister Hans Apel auf der anderen Seite.²⁶ Hier dürfte auch die räumliche Nähe zu führenden linksliberalen Hamburger Pressehäusern eine Rolle gespielt haben, weil prominente, transatlantisch orientierte Journalisten wie Marion Gräfin Dönhoff oder Theo Sommer von der ZEIT der Friedensbewegung nun erstmals größere Aufmerksamkeit schenkten.²⁷

Diese Ereignisgeschichte muss hier nicht vertieft werden. Zusammengefasst seien wichtige Charakteristika der neuen Friedensbewegung der 1980er Jahre hervorgehoben: Erstens hat die sozialwissenschaftliche Bewegungsforschung die relativ hohe Protestintensität des Konflikts um die Nachrüstung herausgearbeitet. Diese stellten für die »alte« Bundesrepublik einen absoluten Höhepunkt dar. Zwar erreichten die außerparlamentarischen Protestbewegungen der späten 1960er Jahre im Vergleich zur Friedensbewegung eine höhere Ereignisfrequenz, aber es handelte sich, mit Ausnahme der Kampagne gegen die Notstandsgesetze, um relativ kleine Personengruppen. Quantitativ wurden die Zahlen der Friedensbewegung erst Anfang der 1990er Jahre übertroffen, als die Empörung über Angriffe auf ethnische Minoritäten und fremdenfeindliche Vorfälle sowie die Proteste gegen den Irak-Krieg mehr Menschen häufiger protestieren ließen, dann aber in einem insgesamt größer gewordenen Gesamtdeutschland.²⁸

Ein zweites Charakteristikum der Protestbewegung der 1980er Jahre ist die Verbreitung der Protestkultur in Hinblick auf ihre geografische Ausdehnung.²⁹ Protest war kein Phänomen mehr allein der Städte, sondern auch ländlicher Regionen.³⁰ Hier bietet sich

auf die Partei »Die Grünen«, Münster 2003. Schon zeitgenössisch wurde im Zusammenhang mit der »Volksfront-These« die Zusammenarbeit beziehungsweise Förderung seitens der SED breit thematisiert, vgl. die entsprechenden Beiträge in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 17.10.1981 und 26.10.1981. Zur Kritik an der Unterwanderungsthese *Holger Nehring/Benjamin Ziemann*, Führen alle Wege nach Moskau? Der NATO-Doppelbeschluss und die Friedensbewegung – eine Kritik, in: VfZ 59, 2011, S. 81–100.

26 So schon *Alice Cooper Holmes*, The West German Peace Movement and the Christian Churches. An Institutional Approach, in: The Review of Politics 50, 1988, S. 71–98.

27 *Marion Gräfin Dönhoff*, Angst in der Luft, in: Die ZEIT, 26.6.1981; Pazifismus '81: Selig sind die Friedfertigen, in: Der SPIEGEL, 15.6.1981; weitere Belege bei *Susanne Schregel*, Konjunktur der Angst. »Politik der Subjektivität« und »neue Friedensbewegung« 1979–1983, in: *Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter*, Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 495–520.

28 *Dieter Rucht/Roland Roth*, Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz, in: *dies.* (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt am Main/New York 2008, S. 635–668, hier: S. 646. Es lässt sich quellenkritisch anmerken, dass letztlich nur die Medienresonanz gemessen wird, die aber in Ermangelung anderer Daten eine plausible Aussage über die Protestintensität ermöglichen dürfte. Nicht berücksichtigt sind übrigens die Mobilisierungserfolge der Nachrüftungsbefürworter, weil diese nicht als soziale Bewegungen klassifiziert werden, sondern als von Parteien ausgehend. Diese Eingrenzung müsste diskutiert werden.

29 Einen Eindruck von der regionalen Dichte und Verbreitung der Friedensbewegung gibt die Tabelle 5 bei *Schmitt*, Die Friedensbewegung, S. 104.

30 Christoph Becker-Schaum spricht von etwa 4.000 bis 5.000 lokalen und regionalen Gruppen, wobei an einzelnen Orten oft mehrere Gruppen existieren könnten, vgl. *Becker-Schaum*, Die institutionelle Organisation, S. 151.

ebenfalls ein Vergleich mit den späten 1960er Jahren und den Konflikten um 1968 an. Damals erregte es nationale und internationale mediale Aufmerksamkeit, wenn sich ein Bundeskanzler bei einem Wahlkampfauftritt in Oberschwaben einer Gruppe jugendlicher Störer erwehren musste.³¹ Die Proteste fanden überwiegend in den großen Metropolen und Universitätsstädten statt.³² In den 1980er Jahren hingegen griff die Protestmobilisierung weit hinaus – ein Unterschied übrigens auch zur alten Friedensbewegung. Diese geografische Ausweitung der Protestkultur hängt wesentlich mit den Militär- und Stationierungsorten zusammen. Diese lagen in der Regel außerhalb der großen Städte. Auch die potenziellen Kriegsschauplätze wie die zu einiger Berühmtheit gelangte kleine oberhessische Gemeinde Hattenbach im berühmten »Fulda Gap« lagen in der Provinz. Diese lokalen Initiativen erlangten dann an Symbolorten wie in Mutlangen auch national und über das europäische Netzwerk der Stationierungsorte sogar international Beachtung.

Diese geografische Ausweitung und Regionalisierung von Protestpartizipation hatte sich schon in der Anti-Atomkraft-Bewegung abgezeichnet. Im Kampf gegen die zivile Nutzung der Kernkraft erreichte über eine Regionalisierung bestimmter Probleme die Protestkultur nun auch wertkonservative Milieus, wie im bekannten Fall der Weinbauern in Wyhl, die auch habituell überhaupt keine Affinität zur Neuen Linken gezeigt hatten.³³ Hier müsste noch intensiver gefragt werden, wie sich durch derartige Allianzen der Charakter von Protest an sich veränderte. Während sich auch »1968« Anfang der 1970er Jahre in die Provinz vorgearbeitet hatte, war der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss von Anfang an ein geografisch sehr viel breiter aufgestelltes Phänomen.³⁴

Daraus ergibt sich als ein drittes Spezifikum der neuen Friedensbewegung eine Ausweitung des milieuspezifischen Resonanzbodens, den die Protestkulturen nun in den 1970er und 1980er Jahren erfuhren. Es gab nun das Phänomen des protestierenden bürgerlichen oder auch bäuerlichen Establishments. Ein bekanntes Beispiel dafür ist die Prominenten-Blockade in Mutlangen, während derer sich etablierte Intellektuelle wie Heinrich Böll oder Walter Jens inmitten von Hunderten weiterer Demonstranten vor einem Kasernentor niederließen.³⁵ Auch die 68er genossen Sympathien und Unterstützung im Establishment. Doch auch wohlmeinende Unterstützer aus der älteren Generation waren damals kaum bereit, gemeinsam mit den Studierenden mit einem Ho-Chi-Minh-Plakat durch deutsche Universitätsstädte zu marschieren. Das heißt, wir haben es in quantitativer

31 Der Kanzler und die Ketzer von Konstanz, in: Die Welt, 25.4.1968; Bei Sonnenschein ist dieser Kanzler gut, in: Süddeutsche Zeitung, 24.4.1968.

32 Trotz der inzwischen erfolgten historischen Differenzierung und der Entdeckung von »1968« in seiner geografischen Ausdehnung; vgl. dazu den Literaturüberblick bei *Philipp Gassert*, Das kurze »1968« zwischen Geschichtswissenschaft und Erinnerungskultur: Neuere Forschungen zur Protestgeschichte der 1960er-Jahre, in: H-Soz-u-Kult, 30.4.2010, URL: <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2010-04-001>> [2.5.2012].

33 So zielten zum Beispiel die Bild- und Textstrategien der Bürgerinitiativen in Wyhl darauf ab, die gesellschaftliche Breite der Anti-AKW-Bewegung zu zeigen, vgl. *Bernd Nössler/Margaret de Witt* (Hrsg.), Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgendwo. Betroffene Bürger berichten, Freiburg im Breisgau 1976; vgl. *Roger Karapin*, Protest Politics in Germany. Movements on the Left and Right since the 1960s, University Park, PA 2007, S. 116ff.; *Jens Ivo Engels*, Umweltschutz in der Bundesrepublik – von der Unwahrscheinlichkeit einer Alternativbewegung, in: *Sven Reichardt/Detlef Siegfried* (Hrsg.), Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010, S. 405–422.

34 Vgl. *Schregel*, Der Atomkrieg, S. 164ff.

35 *Michael Schmid*, Vor 25 Jahren. »Prominentenblockade« am Pershing-Depot in Mutlangen, URL: <<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/005236.html>> [2.5.2012]; vgl. auch *Fabio Crivellari*, Blockade. Friedensbewegung zwischen Melancholie und Ironie, in: *Gerhard Paul* (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, Bd. 2: 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 482–489.

und qualitativer Hinsicht mit einer deutlichen Verbreiterung der aktiven Protestpartizipation zu tun. »Kampf dem Atomtod« war ein Elite-Phänomen beziehungsweise ein Parteiprojekt der SPD und der organisierten Arbeiterschaft gewesen; »1968«, jedenfalls jenseits der Anti-Notstandsbewegung, wesentlich ein Protest der akademischen Jugend. Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss hingegen war ein weiter übergreifendes und dafür sozial auch weniger ausdifferenziertes Phänomen. Anschließend an die Anti-AKW- und Umweltbewegung der 1970er Jahre übergriffen Protestkulturen nun Milieus, Klassen und Generationen. Es lässt sich somit eine Demokratisierung von Protest seit den 1970er Jahren beobachten.

Diese soziale Verbreiterung der Protestbasis wird viertens an der breiten Resonanz des Streits um den Frieden in der Populärkultur deutlich. Imaginationen des nuklearen Tods wurden erneut zum Charakteristikum der westlichen Kulturgeschichte der frühen 1980er Jahre. Filme wie »The Day After« (1983) oder »When the Wind Blows« (1986), die auch in Deutschland ein (zum Teil skeptisches) Publikum fanden³⁶, lokalisierten ganz bewusst den nuklearen Untergang in »middle America« beziehungsweise aus der Perspektive eines einfachen englischen Rentnerpaars. Ernstfallromane wie Gudrun Pausewangs »Die letzten Kinder von Schewenborn« schilderten einen atomaren Schlagabtausch aus einer spezifisch lokalen Perspektive heraus.³⁷ Lieder wie Nenas »99 Luftballons« standen als Ikonen des »Zweiten Kalten Kriegs« hoch in der Publikumsgunst. Der nukleare Weltuntergang sprach eine breite Palette von Musikstilen an, von Punk-Bands wie »The Clash« über den politischen Rock wie zum Beispiel Udo Lindenberg mit »Wozu sind Kriege da« bis zu dem ostentativ unpolitischen Schlager »Ein bißchen Frieden«, mit dem Nicole den »Grand Prix Eurovision de la Chanson« 1982 gezielt eroberte. Für die breite Resonanz des Themas spricht auch, dass es innerhalb kürzester Zeit zu einer rasenden Vermarktung des »nuclear pop« kam, wenn zum Beispiel eine rein kommerzielle Schöpfung wie die von dem Münchener Impresario Frank Farian erfundene Gruppe »Boney M.« mit dem nuklearen Weltuntergangssong »We Kill the World« (1981) einen Disco-Hit landete.³⁸

Die Hochphase nuklearer Weltuntergänge vor allem in der Musik datiert auf 1982 bis 1984, sowohl in Deutschland als auch in Großbritannien und den USA. Dies zeigt eine Auswertung der Charts in der Zeitschrift BRAVO. Ab 1985 verschwand das Thema langsam: Der Pop gewann von nun an eine oftmals sentimentalere Qualität in Bezug auf Nuklearfragen, wobei Tschernobyl eine wichtige Schnittstelle darstellte. Nur in bestimmten Subgenres wie Heavy Metal, Punk und Hardcore nutzte sich das Thema nicht so schnell ab und spielte dort weiterhin eine Rolle. Hier kam es zu einem relativ klaren Bruch um 1987, bald nach dem INF-Vertrag. Daher lässt sich wohl eine Kernphase des »nuclear pop« 1982 bis 1984 postulieren, in der der Mainstream aus kommerziellen Gründen auf den Wagen aufsprang, das Ganze aber dann fallen ließ, sowie eine längere Phase, von etwa 1977/78 (Neutronenbomben-Kontroverse) bis Ende der 1980er Jahre, in der subkulturelle oder randständige Genres wie Punk oder die alternative Rockszene dem Thema »nuklearer Tod« noch eine Weile die Treue hielten.³⁹

36 Für die skeptisch-ironische Sicht, vgl. *Ulrich Greiner*, Apokalypse Now. Über den amerikanischen Film »The Day After« und neuere apokalyptische Romane, in: *Die ZEIT*, 2.12.1983.

37 *Gudrun Pausewang*, Die letzten Kinder von Schewenborn. Oder ... sieht so unsere Zukunft aus? Ravensburg 1983, vgl. auch *Matthias Horx*, Es geht voran. Ein Ernstfall-Roman, Berlin 1982.

38 *Philipp Gassert*, Die Vermarktung des Zeitgeistes: Nicles »Ein bißchen Frieden« (1982) als akustisches und visuelles Dokument, in: *Zeithistorische Forschungen* 9, 2012, H. 1, S. 168–174; *Baur*, Nukleare Untergangsszenarien.

39 Hierzu und zu dem folgenden *Baur*, Nukleare Untergangsszenarien; *Martin Klimke/Eckart Conze/Jeremy Varon* (Hrsg.), *Accidental Armageddons. The Nuclear Crisis and the Culture of the Cold War in the 1980s* (i. E.); *Martin Klimke*, Pop for Peace? Nuclear and Environmental Discourse in 1980s Popular Music (i. V.).

Ein ähnliches Bild ergibt sich in Hinblick auf die Buchproduktion. Wertet man die Titel von Buchreihen wie »rororo aktuell« statistisch aus, so kommen vergleichbare Ergebnisse zustande. Weil die Produktion solcher Texte häufig vor dem aktuellen Hintergrund 1981/82 erfolgte, wurde für Publikationen erst 1983 zum Kulminationsjahr. Danach ging das Thema im populären Buchmarkt stark zurück. Es setzte aber in der Folge eine breite Rezeption durch verschiedene Sekundärmedien wie etwa die Schulpädagogik sowie eine intensiviertere Bewegungsforschung ein.⁴⁰ Das Thema »Frieden« war in den frühen 1980er Jahren für einige wenige Jahre hoch aktuell, bevor sich in der gesellschaftlichen Problem- und Krisenperzeption andere Komplexe nach vorne schoben. Auch die »Bewegungsunternehmer« und Aktivisten wandten sich wieder stärker der zivilen Nutzung der Kernenergie zu, mit Gorleben und Wackersdorf als neuen (auch medialen) Brennpunkten der Proteste.⁴¹

Der (implizite) Vergleich mit der Anti-AKW-Bewegung spricht für die Annahme, dass im Streit um die Nachrüstung ein umfassender Prozess gesellschaftlicher Selbstfindung stattfand. Die große Breite der Resonanz des Themas »Frieden«, eben auch in relativ unpolitischen künstlerischen und popkulturellen Genres, untermauert die These, dass es im Streit um den Frieden um mehr als um ein oberflächliches Thema ging. Etwas zuge-spitzt: Wenn ein Friedenslied in den Charts reüssiert, dann trägt die große Debatte – die Betroffenheit über die Möglichkeit des nuklearen Todes – offensichtlich zur Konsensbildung bei. Gerade Populärkultur kann uns hier historisch weiterhelfen, weil sie, nicht zuletzt aufgrund ihrer Marktorientierung und der Notwendigkeit, bei breiten Schichten anzukommen, Resonanzboden und Seismograf gesellschaftlicher Stimmungen und Befindlichkeiten ist.⁴²

II. NUKLEARKRISE UND AUßENPOLITISCHE KRISENPERZEPTION

Damit ein Thema in einer demokratischen Kultur weite Kreise zieht, muss es mit einer intensiven gesellschaftlichen Wahrnehmung sozialer Entwicklungen und Krisen verbunden sein.⁴³ Eine sozial- und wirtschaftspolitische Krisenperzeption korrespondierte seit Mitte der 1970er Jahre mit dem Szenario einer wachsenden Krisenhaftigkeit der internationalen Beziehungen. Dafür lassen sich zahlreiche Zitate anführen. Der Berliner Politikwissenschaftler und Berater Willy Brandts und des SPD-Bundesvorstands, Richard Löwenthal, sah aufgrund der sich formierenden innenpolitischen Opposition in den USA und der UdSSR schon 1973 die Entspannung akut gefährdet.⁴⁴ Carl Friedrich von Weizsäcker sprach drei Jahre später davon, dass »die Angst vor den Russen und Kommunisten [...] nach einem Rückgang in der Ära Brandt heute wieder im Wachsen« ist, und hielt den dritten Weltkrieg für »wahrscheinlich«.⁴⁵ Spätere nachrüstungskritische Politiker und In-

40 Wolfgang Höfler, *Erziehung angesichts atomarer Drohung*, Diss., Heidelberg 1984.

41 Vgl. Philipp Gassert, *Popularität der Apokalypse: Zur Nuklearangst seit 1945*, in: APuZ 2011, Nr. 46–47, S. 48–54.

42 Vgl. Kaspar Maase, *Was macht Populärkultur politisch?*, Wiesbaden 2010; Vittoria Borsò/Christiane Liermann/Patrick Merziger (Hrsg.), *Die Macht des Populären. Politik und populäre Kultur im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010; Florian Niedlich (Hrsg.), *Facetten der Popkultur. Über die ästhetische und politische Kraft des Populären*, Bielefeld 2012.

43 Dies klingt tautologisch. Es muss aber doch betont werden, dass kulturelle Wahrnehmungsmuster und darin eingeschlossen soziale Diskurse nicht beliebig »gesetzt« werden können.

44 Richard Löwenthal, *Der instabile Weltfriede. Vom Sinn und Grenzen der Entspannung [1973]*, abgedr. in: *ders.*, *Weltpolitische Betrachtungen. Essays aus zwei Jahrzehnten*, hrsg. v. Heinrich August Winkler, Göttingen 1983, S. 203–218.

45 Carl Friedrich von Weizsäcker, *Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung*, München 1976, S. 109; Weizsäckers Diktum findet sich in Dutzenden von Flugblättern zitiert.

tellektuelle wie zum Beispiel Erhard Eppler oder der Journalist und Autor des Kernenergie-kritischen Klassikers »Der Atomstaat«, Robert Jungk, stellten laufend Bezüge zwischen der krisenhaften Entwicklung der westlichen Gesellschaften im Inneren und dem außenpolitischen Gezeitenwechsel dieses langen Jahrzehnts her.⁴⁶

In der Tat hatte die Entspannungspolitik mit Leonid Breschnevs Besuch im Weißen Haus 1973 ihren Höhepunkt erreicht und überschritten. Der israelisch-arabische Jom-Kippur-Krieg von 1973, die kommunistischen Umstürze beziehungsweise Umsturzversuche im ehemals portugiesischen Afrika 1974/75, die Unzufriedenheit führender amerikanischer Politiker über die SALT-Verhandlungen, das Drängen einflussreicher Kreise in NATO und US-Administration auf eine Modernisierung nuklearer Waffen sowie die Verfestigung des Eindrucks in den USA und in der Bundesrepublik, dass die Sowjetunion sich nicht an die Regeln der Entspannung halte, trübten die weltpolitischen Horizonte ein.⁴⁷ Nixons Nachfolger, Gerald R. Ford, verbannte aus innerparteilichen Rücksichten – er wurde im Wahlkampf 1976 von weiter rechts ausgerichteten Parteifreunden massiv herausgefordert – »Détente« aus dem Vokabular der US-Administration.⁴⁸ Dagegen konterte Egon Bahr, damals noch Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, im März 1976: »Die Entspannung hat erst begonnen.«⁴⁹ Doch in den USA kehrten auch führende liberale Mitglieder des Establishments wie Senator Henry Jackson zu einer ideologischen Erneuerung des Ost-West-Gegensatzes zurück.⁵⁰

In der Bundesrepublik, wie auch sonst in Westeuropa, verlief die Wiederbelebung ideologisch konfrontativer Muster eines »zweiten Kalten Kriegs« deutlich abgeschwächerter. Die CDU/CSU-Opposition profilierte sich nach ihrer stillschweigenden Akzeptanz der Ostpolitik 1974/75 zunächst nur marginal über einen außenpolitischen Dissens. Sie griff bevorzugt »weiche Themen« im Bereich von Bildung, Umwelt und Sozialem auf.⁵¹

46 Erhard Eppler, *Wege aus der Gefahr*, Reinbek 1981, S. 12; Robert Jungk, »Tauben aller Welt vereinigt Euch« [1975], abgedr. in: *ders.*, *Und Wasser bricht den Stein. Streitbare Beiträge zu drängenden Fragen der Zeit*, Freiburg im Breisgau/Basel etc. 1986, S. 198–199; *ders.*, *Menschenbeben. Der Aufstand gegen das Unerträgliche. Ein Bericht*, Gütersloh 1983; von liberal-konservativer Seite findet sich das Argument ausgearbeitet bei dem Bracher-Schüler Heinz Theisen, *Katastrophenstimmung und freiheitliche Demokratie. Gefährdungen, Grenzen und Möglichkeiten freiheitlicher Politik in den prognostizierten Bedrohungsfeldern unserer Zukunft*, Köln 1985.

47 Vgl. Klaus Schwabe, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*, Paderborn 2006, S. 377f.; James T. Patterson, *Restless Giant. The United States from Watergate to Bush v. Gore*, Oxford/New York etc. 2005, S. 122f.

48 In einem Fernsehinterview am 1. März 1976, vgl. Archiv der Gegenwart (AdG), 5.3.1976, S. 20061. Vgl. dazu ferner das Schreiben des Gesandten Hansen, Washington, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1976*, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amtes vom Institut für Zeitgeschichte, bearb. v. Matthias Peter/Michael Ploetz/Tim Geiger, München 2007, Dok. 80, S. 381–384, hier: S. 382f.

49 Egon Bahr, *Die Entspannung hat erst begonnen*, in: *Die ZEIT*, 26.3.1976; vgl. Andreas Vogtmeier, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, S. 222; Fords Aussage relativierend hingegen Brandt in der *Süddeutschen Zeitung*, 15.3.1976, abgedr. in: *Willy Brandt, Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982*, bearb. v. Frank Fischer, Bonn 2003, S. 178–180.

50 Vgl. Wayne Sanders, *Peddlers of Crisis. The Committee on the Present Danger and the Politics of Containment*, New York 1999; Patrick Keller, *Neokonservatismus und amerikanische Außenpolitik. Ideen, Krieg und Strategie von Ronald Reagan bis Georg W. Bush*, Paderborn 2008, S. 71f.

51 Frank Bösch, *Die Krise als Chance. Die Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren*, in: *Jarusch, Das Ende der Zuversicht*, S. 296–309, hier: S. 306; Clay Clemens, *Reluc-*

Selbst bei entspannungsskeptischen Christdemokraten sorgte der scharfe Antikommunismus in den USA immer wieder für Irritationen.⁵² Obwohl auch in der Bundesrepublik die großen Erwartungen an die Détente enttäuscht worden waren, überwog doch in der Bonner Politik parteiübergreifend die Annahme, dass in den Beziehungen zur Sowjetunion und zum Warschauer Pakt der Entspannungskurs weitergeführt werden müsse.⁵³ Hier sahen sich die Unionsparteien trotz des vielfach demonstrierten Schulterschlusses mit der republikanischen Reagan-Administration in einer besonderen deutschen Verantwortung.⁵⁴ Indes festigte die scharfe antikommunistische Rhetorik der amerikanischen Neokonservativen und später der Regierung Reagan in Westeuropa antiamerikanische Feindbilder und atlantische Missverständnisse.⁵⁵ Die von Reagan für die eigene Klientel lautstark propagierte »Politik der Stärke« erlaubte es deutschen Gegnern des Doppelbeschlusses, mit mehr oder weniger passenden Zitaten aus dem Munde des Präsidenten zu punkten.⁵⁶

Vor dem Hintergrund konkreter politischer Anlässe wie der Wahl Reagans ist das Argument der stellvertretenden Funktion der Nuklearkrise zu qualifizieren. Der breite Mobilisierungserfolg der Friedensbewegung und der Nachrüstungskritiker kann nicht allein als Symptom des »Wertewandels« und wachsender Fortschrittsskepsis gesehen werden. Außenpolitische Debatten sind, wie jede Debatte, zu einem gewissen Grad selbstreferenziell und folgen ihren eigenen Gesetzen. Wichtige Kritiker des Doppelbeschlusses standen klar in der Tradition der neuen Ostpolitik der 1970er Jahre und wollten das, was sie für außenpolitische Errungenschaften der Ära Brandt hielten, über die »Krise der Entspannung« hinweg retten. Personell wird dies dadurch unterstrichen, dass führende Sozialdemokraten, wie eben Brandt, aber auch Bahr, Eppler, Oskar Lafontaine und Karsten Voigt, sich ostentativ gegen den mit der sowjetischen Intervention in Afghanistan Ende 1979 offenkundig gewordenen Trend zur neuerlichen Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes stemmten.⁵⁷ Auch der Nachrüstungsbefürworter und »Vordenker« des Doppelbeschlusses, Bundeskanzler Schmidt und dessen Verteidigungsminister Georg Leber und später Hans Apel, schätzten die Möglichkeiten weiterer Entspannungsschritte grundsätz-

tant Realists. The Christian Democrats and the West German Ostpolitik, Durham, NC 1989; zum Beispiel wurde Kurt Birrenbach, ein scharfer Kritiker der Ostverträge und Warner vor der Aggressivität der UdSSR, als Vorsitzender der Studiengruppe »Ost-West-Beziehungen« der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik seitens der CDU durch den Spannungsbefürworter Richard von Weizsäcker ersetzt, vgl. *Hans-Peter E. Hinrichsen*, Der Ratgeber. Kurt Birrenbach und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Köln 2000, S. 550f.

52 Vgl. *Tim Matthias Weber*, Zwischen Nachrüstung und Abrüstung. Die Nuklearwaffenpolitik der Christlichen Demokratischen Union Deutschlands zwischen 1977 und 1989, Baden-Baden 1994, S. 126f.; *Clemens*, Reluctant Realists, S. 85.

53 Vgl. pars pro toto *Löwenthal*, Weltpolitische Betrachtungen, S. 203–234; *Helga Hafendorn*, Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung, Stuttgart 2001, S. 264–275.

54 *Hermann Wentker*, Der NATO-Doppelbeschluss und die deutsch-deutschen Beziehungen, in: *Becker-Schaum/Gassert/Klimke*, Entrüstet Euch, S. 88–102.

55 Zu antiamerikanischen Dispositionen vgl. *Ziemann*, A Quantum of Solace, S. 374; sowie den Beitrag von Reinhold Kreis in diesem Band.

56 Vgl. statt vieler Einzelnachweise die Beiträge zu *Jens*, In letzter Stunde; *Josef Janning*, Die neue Friedensbewegung 1980–1986, in: *ders./Hans-Josef Legrand/Helmut Zander* (Hrsg.), Friedensbewegungen. Entwicklung und Folgen in der Bundesrepublik Deutschland, Europa und den USA, Köln 1987, S. 36–53, hier: S. 37.

57 »Mut für eine bessere Zukunft«. Sozialdemokraten appellieren an den SPD-Bundesvorstand, die SPD-Bundestagsfraktion, den sozialdemokratischen Bundeskanzler, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 26, 1981, S. 118–120; vgl. auch die zahlreichen Äußerungen von Brandt aus dieser Zeit, in: *Brandt*, Entspannung unzerstörbar machen, S. 178–180, 204–213, 221–225, 254–268 und 327–343; vgl. auch *Rudolf Augstein*, Entspannung ist teilbar, in: *Der SPIEGEL*, 14.1.1980.

lich weniger optimistisch ein als ihre Vorgänger.⁵⁸ Zwischen den Entspannungsoptimisten und den Nachrüstungskritikern gab es zahlreiche personelle Überschneidungen, wie umgekehrt bei den Entspannungspessimisten und den Nachrüstsüßbefürwortern.

Der Streit um die Neutronenwaffe 1977/78 lässt die Muster der späteren Kontroverse um den Doppelbeschluss erstmals erkennen.⁵⁹ Hier konvergierten deutlich Interpretationen einer gesellschaftlichen Krise mit der einer Krise der internationalen Beziehungen. Obwohl es sachliche Argumente für die Neutronenwaffe gab, sofern man die nukleare Abschreckung im Grundsatz für richtig hielt, lehnte Bahr in seiner aufsehenerregenden und den Debattenstil prägenden Intervention in der Parteizeitung »Vorwärts« diese Waffe als eine »Perversion des Denkens« ab, gegen die »Gefühl und Gewissen« rebellierten.⁶⁰ Mit »Gefühl« und »Gewissen« hatte der bislang als »rational« kalkulierender »Realpolitiker« geltende Bahr sich Termini einer nachrüstkritischen Positionierung zu eigen gemacht.⁶¹ Er traf den emotionalen Kern der alternativen Technologiekritik. Wegen des SPD-internen Streits um »Amerikas Wunderwaffe für Deutschland«⁶² eröffnete das der Union sicherheitspolitische Profilierungschancen. Aus Sicht des späteren Bundesverteidigungsministers Manfred Wörner führte die Diskussion um die Neutronenwaffe »schlaglichtartig vor Augen«, was der Begriff »Gleichgewicht des Schreckens« meine. Weil sie potenziell Schaden begrenze, trage sie dazu bei, die »Abschreckung und damit die Kriegsverhinderung wirksamer« zu machen.⁶³ Die Nachrüstkritiker hingegen fürchteten sich vor einer Absenkung der »nuklearen Schwelle«.⁶⁴

Für die Union war die Neutronenwaffenkontroverse auch ein Mittel, ihre relative Distanz zu den USA in den 1960er Jahren durch nun stark prononcierte Bündnistreue und Rekurs auf ihre »traditionell pro-amerikanische Einstellung« vergessen zu machen und mit scharfer Rhetorik die eigenen Reihen Détente-kritisch einzunorden. Mit deutsch-amerikanischen Treueschwüren konnten sich die Christdemokraten nun als die (neue) atlantische Partei positionieren und stellten angesichts der transatlantischen Zerwürfnisse in der Ära Schmidt die Rolle der USA für die Sicherheit Westeuropas erneut heraus.⁶⁵ Als

58 *Hans Apel*, *Der Abstieg. Politisches Tagebuch 1978–1988*, Stuttgart 1990, S. 68–107; *Hartmut Soell*, *Helmut Schmidt 1969 bis heute. Macht und Verantwortung*, München 2008, S. 757f.

59 Vgl. *Helga Haftendorn*, *Sicherheit und Stabilität. Außenbeziehungen der Bundesrepublik zwischen Ölkrise und NATO-Doppelbeschluss*, München 1986, S. 105; *Soell*, *Helmut Schmidt*, S. 712, spricht vom »Vorspiel« der Neutronenwaffe; *Herf*, *War by Other Means*, S. 60, davon, die Affäre sei »a microcosm and foreshadowing of the battle to come over the euromissiles« gewesen; vgl. auch *Tim Geiger*, *Die Regierung Schmidt-Genscher und der NATO-Doppelbeschluss*, in: *Gassert/Geiger/Wentker*, *Zweiter Kalter Krieg*, S. 95–122.

60 *Egon Bahr*, *Ist die Menschheit dabei verrückt zu werden?*, in: *Vorwärts*, 21.7.1977.

61 Es war eine typische Gegenüberstellung vor allem der konservativen Medien, die die Sachlichkeit und theoretische Vernunft der Befürworter der Nachrüstung mit der Emotionalität und dem Utopismus der Friedensbewegung kontrastierten, vgl. etwa den Kommentar von *Günter Gillesen*, *Die Sehnsucht nach Verweigerung*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.3.1981; *Fritz Ulrich Fack*, *»Frieden schaffen ohne Waffen«*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.6.1981.

62 So der sehr sprechende Titel des SPIEGEL vom 18. Juli 1977: »Neutronen-Bombe: Amerikas Wunderwaffe für Europa«.

63 Manfred Wörner im Deutschen Bundestag, Plenarprotokoll, 8. Wahlperiode, 39. Sitzung, 8.9.1977, S. 2990.

64 Die Absenkung der »nuklearen Schwelle« war ein Standardkritikpunkt der Friedensforschung, vgl. *Dieter Senghaas*, *Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit*, Frankfurt am Main 1969, S. 114f. Vor allem der Reagan-Administration wurde später vorgeworfen, sie wolle den Nuklearkrieg »führbar« machen, vgl. *Alfred Mechttersheimer/Peter Barth* (Hrsg.), *Den Atomkrieg führbar und gewinnbar machen? Dokumente zur Nachrüstung*, Bd. 2, Reinbek 1983, S. 48–103.

65 In den 1960er Jahren hatte sich die Union sehr kritisch gegenüber dem westlichen Zug zur Détente gezeigt und zunehmend Boden gegenüber der SPD als der »atlantischen Partei« der 1960er

Carter 1978 die Pläne für die neue Waffe sang- und klanglos begrub, brachte dies nicht nur Schmidt (und dessen britischen Kollegen Premierminister James Callaghan) in eine diplomatische Zwickmühle, sondern auch die Union, deren Außenpolitiker den Kanzler für den »dramatischen Verfall« der deutsch-amerikanischen Beziehungen schalteten.⁶⁶

Die weitere Debatte verlief auf den in der Neutronenwaffenkontroverse verlegten Schienen: Erstens versuchten Teile der SPD mit nachrüstungskritischer Positionierung Brücken zu den alternativen Milieus und Bewegungen zu schlagen, an deren postmaterielle Haltungen Politiker wie Bahr und später Lafontaine und Eppler appellierten, durchaus mit dem parteipolitischen Ziel einer Reintegration des grün-alternativen Potenzials in den Schoß der Sozialdemokratie.⁶⁷ Zweitens war Bahrs Intervention klarer Ausdruck seiner Unzufriedenheit mit »Krisenmanagement« und technokratischem »Sachzwang«, was sich auch gegen Schmidt richtete, dem die visionären Qualitäten eines Willy Brandt abgesprochen wurden. Das »Vorspiel der Neutronenwaffenkontroverse« war drittens Modus der Selbstverständigung über krisenhafte Entwicklungen nicht nur von Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch der internationalen Beziehungen; letzteres war somit viertens psychologisch eng verbunden mit dem (innerparteilichen) Kampf um das Erbe der Ostpolitik; fünftens wurde die Logik der Abschreckung wieder intensiver in ihren Konsequenzen durchdacht.⁶⁸

Auch in anderen westlichen Ländern wurde, oft in neomarxistischen und postkolonialen Termini, die Krisenhaftigkeit der internationalen Beziehungen als ein gesellschaftliches und politisches Grundsatzproblem westlicher Gesellschaften erörtert. Amerikanische Kritiker hoben die totalitären Eigenschaften der Nuklearwaffen hervor, das Wuchern der Sicherheitsbürokratien und den Verlust an politischer Transparenz. Das erste Opfer der atomaren Hochrüstung sei die Demokratie, so Richard Falk, ein Friedensaktivist und Politikwissenschaftler der Princeton University.⁶⁹ Gemeinsam mit dem Arzt und Psychologen Robert Jay Lifton, der durch seine Forschungen zu Hiroshima bekannt geworden war, argumentierte er, die Demokratie werde nur dann überleben, wenn sich der Westen dieser »Instrumente des Massenmords« entledige.⁷⁰ Auch der britische Historiker und Friedensaktivist sowie Mitbegründer der blockübergreifenden Friedensorganisation European

Jahre verloren, vgl. *Tim Geiger*, Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969, München 2008; *Philipp Gassert*, »Vertrauen, Einsicht und guten Willen zu wecken«: Die Entspannungspolitik der 1960er Jahre und die Bundesrepublik Deutschland, in: *Siegfried Münchenbach* (Hrsg.), Only Rock 'n' Roll? Unser Bild von den 60er Jahren, München 2011, S. 266–305.

66 Vgl. *Weber*, Zwischen Nachrüstung und Abrüstung, S. 121.

67 Diesen Punkt thematisiert Eppler offen in *ders.*, Friedensbewegung, in: *Jens*, In letzter Stunde, S. 143–166, hier: S. 160f.; hierzu *Bernd Faulenbach*, Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982, Bonn 2011, S. 593ff. und 709ff.

68 Es kam zu einer Rückbesinnung auf die Tradition der Friedensbewegung und der intensiven historischen Beschäftigung mit früherer Opposition gegen Atomwaffen, vgl. zum Beispiel *Christian Walther*, Atomwaffen und Ethik. Der deutsche Protestantismus und die atomare Aufrüstung 1954–1961. Dokumente und Kommentare, München 1981; *Gernot Erler*, »Eine Drohung, Selbstmord zu machen, ist keine vernünftige Verteidigungspolitik«. Die Kampagne »Kampf dem Atomtod« 1957–1959 und der Widerstand gegen die Nachrüstung heute, in: *Anton-Andreas Guha*, Die Nachrüstung – Der Holocaust Europas. Thesen und Argumente, Freiburg im Breisgau 1981, S. 95–107; oder die Neuauflage des Klassikers von Gudrun Ensslin und Bernward Vesper durch *Walter Jens* (Hrsg.), Leben im Atomzeitalter. Schriftsteller und Dichter zum Thema unserer Zeit, Gräfelting 1987.

69 *Richard Falk*, Nuclear Weapons and the End of Democracy, in: *PRAXIS International* 1, 1982, S. 1–12.

70 *Robert Jay Lifton/Richard Falk*, Indefensible Weapons. The Political and Psychological Case Against Nuclearism, New York 1983.

Nuclear Disarmament (END) Edward P. Thompson sprach von einem »Exterminismus« der Befürworter nuklearer Waffen.⁷¹ Der wesentlich von Thompson verfasste Gründungsauftrag von END geht direkt auf den Zusammenhang der inneren wirtschaftlichen und sozialen Krise und der Krise der internationalen Beziehungen ein⁷², während seine Kollegin Mary Kaldor von der »London School of Economics« die Pläne von Carter und Reagan als Reaktion auf die Krise der amerikanischen Hegemonie beschrieb.⁷³

III. NUKLEARKRISE UND WESTBINDUNG

Eine der zentralen diskursiven Achsen des Nachrüstungsstreits stellten daher die Beziehungen der Bundesrepublik zu ihren westlichen Partnern und vor allem zu den USA dar. Die äußere Sicherheit Westdeutschlands ruhte seit den 1950er Jahren auf dem westlichen Verteidigungsbündnis, wonach das deutsch-amerikanische Verhältnis, wie der CDU-Politiker Walther Leisler Kiep Anfang der 1970er Jahre nur leicht scherzend meinte, als »das zweite ungeschriebene Grundgesetz Deutschlands« dessen wichtigste Determinante darstellte.⁷⁴ Dieser Konsens schien nun infrage gestellt. Daher haben rückblickend Peter Graf Kielmansegg, aber auch Heinrich August Winkler, Jeffrey Herf, Eckart Conze und andere davon gesprochen, dass mit der Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses seitens der Friedensbewegung der »sicherheitspolitische Konsens [zerbrach], der zwei Jahrzehnte lang gehalten hatte«⁷⁵. Das unterschätzt, dass ein Konsens nichts Fixes ist. Auch während der Kontroversen um die Westintegration in den 1950er Jahren oder während des Ringens zwischen »Atlantikern« und »Gaullisten« sowie des Streits um die Ostpolitik in den 1960er und 1970er Jahren wurde ein außen- und sicherheitspolitischer Konsens wie jeder andere gesellschaftliche Konsens neu »erarbeitet« und erneut formuliert.⁷⁶

Was genau dieser Konsens der westlichen Verteidigung nun beinhaltete, musste in den späten 1970er und frühen 1980er Jahren neu erarbeitet werden. Auch für den sicherheitspolitischen Bereich dürfte gegolten haben, dass der von der zeitgenössischen Politikwissenschaft konstatierte »Basiskonsens« zugunsten der Harmel-Formel von »Abschreckung und Entspannung« eher latent und bestenfalls der Konsens eines Expertenzirkels war.⁷⁷

71 Edward P. Thompson, Notes on Exterminism, the Last Stage of Civilization, in: New Left Review 121, May – June 1980, S. 3–31.

72 END Committee, Appeal for European Nuclear Disarmament, in: Edward P. Thompson/Dan Smith (Hrsg.), Protest and Survive, Harmondsworth 1980, S. 13.

73 Mary Kaldor, The Role of Nuclear Weapons in Western Relations, in: dies./Dan Smith (Hrsg.), Disarming Europe, London 1982, S. 105–124.

74 Walther Leisler Kiep, Good-Bye America – was dann? Der deutsche Standpunkt im Wandel der Weltpolitik, Stuttgart 1972, S. 106.

75 Peter Graf Kielmansegg, Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland, Berlin 2000, S. 234; Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 544; Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte 1933–1990, München 2000, S. 370f.; Herf, War By Other Means, S. 27, sieht nicht nur den außenpolitischen, sondern den demokratischen Konsens insgesamt infrage gestellt.

76 Von dem Zerbrechen des Konsenses sprachen in den 1980er Jahren nicht nur die Befürworter, sondern auch die Gegner der Nachrüstung, etwa William Borm, Der sicherheitspolitische Konsens ist zerbrochen: Rede auf dem Parlament der Mehrheit, in: Die Nachrüstungsdebatte im Deutschen Bundestag, S. 288–292.

77 Thomas Risse-Kappen, Die Krise der Sicherheitspolitik. Neuorientierung der Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1988, S. 87; der Bericht des belgischen Außenministers Pierre Harmel, auf dem die am 14. Dezember 1967 verabschiedete künftige Aufgabenbeschreibung der NATO basierte, findet sich abgedr. in: Europa-

Dieser latente, weil für zehn bis 15 Jahre kaum artikulierte Konsens über atomare Abschreckung (auch in der abgespeckten Variante des Harmel-Berichts) wurde erst in dem Augenblick erneut prekär, als angesichts des »Endes der Entspannung« und der krisenhaften Zuspitzung der internationalen Lage nach der KSZE-Gipfelkonferenz in Helsinki 1975 viele Zeitgenossen (darunter die erst jetzt zu politischem Bewusstsein gelangende, in den 1960er Jahren geborene »successor generation«) sich klar machten, was während der Auseinandersetzung um Neutronenwaffen schon kurz aufgeschienen, dann aber noch einmal verdrängt worden war: Dieser sicherheitspolitische Konsens beruhte auf der glaubwürdigen Einsatzdrohung mit Nuklearwaffen, also darauf, dass die Freiheit »im Ernstfall« mit Atomwaffen auch auf deutschem Territorium verteidigt werden sollte.

Hinzu kam das relative Unverständnis über die amerikanische Politik, das die Kritiker des Doppelbeschlusses durchaus mit dessen Befürwortern teilten. Daher war die westdeutsche Friedensbewegung wie die in den USA partiell eine Anti-Reagan-Bewegung. Dessen ausgeprägte Feindbild-Rhetorik dürfte wesentlich zur Verschärfung der innerdeutschen Auseinandersetzung um den Doppelbeschluss beigetragen haben.⁷⁸ Nicht nur im »Krefelder Appell«, sondern auch im »Bielefelder Appell« sozialdemokratischer Gruppen – der den Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung der Friedensbewegung zu korrigieren trachtete – wurde der Nachrüstungssteil des Doppelbeschlusses abgelehnt, weil Deutschland nicht »einer amerikanischen Entscheidung« ausgeliefert werden dürfe, »die beinhaltete, dass ein auf Europa begrenzter Atomkrieg führbar ist«⁷⁹. Entsprechende Interviews hochrangiger amerikanischer Politiker wie zum Beispiel von Caspar Weinberger und Überlegungen in amerikanischen Planungsstäben, wie »Sieg sei möglich«, waren Wasser auf die Mühlen der Nachrüstungskritiker und wurden in entsprechenden Quellsammlungen fleißig dokumentiert oder fanden Eingang in Flugblätter und Reden auf den Friedensdemonstrationen.⁸⁰

Die sicherheitspolitischen Pläne der Reagan-Administration lösten unter den intellektuellen Vordenkern der Friedensbewegung, aber auch in den zahlreichen lokalen und regionalen Initiativen, eine nachhaltige Diskussion darüber aus, wie gut deutsche Interessen noch im atlantischen Bündnis aufgehoben wären und ob die deutsch-amerikanische Achse auch weiter das »zweite Grundgesetz« der Bundesrepublik bilden dürfe. Dabei wurde ironischerweise der von bundesdeutscher Seite maßgeblich angestoßene Doppelbeschluss zum amerikanischen Oktroi umgedeutet.⁸¹ Während der Kontroverse auf dem Hamburger Kirchentag zwischen Schmidt und dem Kieler CDU-Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg einerseits und Heinrich Albertz andererseits rutschte letzterem vor Tausenden von Zuhörern der Satz heraus, man müsse der Wahrheit ins Auge sehen: Eine Folge des »entsetzlichen Hitler-Krieges« sei, »dass wir in beiden Teilen Deutschlands nicht nur Verbündete haben, sondern besetztes Land sind«.⁸²

Archiv 23, 1968, D75–76; dazu grundlegend *Helga Haftendorn*, Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz. Die NATO-Krise von 1966–1967, Baden-Baden 1994.

78 Vgl. etwa *Karl Dietrich Bredthauer*, Noch kann der Atomkrieg verhindert werden. Zur Lage am Beginn des »Stationierungsjahres«, die neuen Abrüstungsvorschläge des Ostens, die westliche Reaktion und die Friedensbewegung, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 28, 1983, S. 272–292.

79 »Bielefelder Appell« (Dezember 1980), abgedr. in: *Vorwärts*, 14.5.1981, online verfügbar unter URL: <<http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/Chapter12Doc7KM.pdf>> [2.5.2012].

80 Vgl. etwa *Meckersheimer/Barth*, Den Atomkrieg, S. 59, 73 und 79, mit entsprechenden Erklärungen von Mitgliedern und Mitarbeitern der Reagan-Administration.

81 Detailliert: *Herf*, *War by Other Means*, S. 119f.

82 Albertz während des Podiumsgesprächs »Wie christlich kann Politik sein?« am 19. Juni 1981 in der Sporthalle Alsterdorf, abgedr. in: *Hans-Jochen Luhmann/Gundel Neveling* (Hrsg.), *Deutscher Evangelischer Kirchentag Hamburg 1981. Dokumente*, Stuttgart 1981, S. 677–695, hier: S. 692.

Das Diktum von Deutschland als »besetztem Land« hat Albertz später korrigiert⁸³, aber es war durchaus nicht untypisch für die Opfer-Mentalität, die manche Anhänger und Sympathisanten der neuen Friedensbewegung an den Tag legten. Hier wurde in der Tradition der 1950er Jahre mehr nationaler Spielraum, nun aber von links, nach dem Motto »Die BRD ist El Salvador« eingefordert.⁸⁴ Schmidt rügte Albertz auch deshalb heftig, weil doch die Bundesrepublik drauf und dran sei, ein »wirklicher Partner« der Vereinigten Staaten zu werden.⁸⁵ Doch für Albertz war angesichts der atomaren Rüstung und der strategischen Wiederausrichtung der US-Politik auf einen harten antisowjetischen Konfrontationskurs die Frage des nationalen Interesses neu gestellt:

»Wer sind wir eigentlich, in welcher Lage befinden wir uns als Deutsche mitten in Europa gegenüber den die Welt beherrschenden Supermächten, wie groß oder klein ist der Spielraum für eigene Entscheidungen, wie dicht das Netz der Abhängigkeiten, wie unvergleichbar unsere Lage sogar zu der unserer europäischen Nachbarn im Westen wie im Osten?«⁸⁶

Grafisch aufgearbeitet und drastisch visualisiert wurde dieser »besetzte Zustand« der Bundesrepublik durch entsprechende Titelbilder von einschlägigen Publikationen, die Raketen oder Atomwaffenexplosionen auf westdeutschem Territorium symbolisierten, oder dem umfangreichen Kartenmaterial, das dem »Militarisierungsatlas der Bundesrepublik« zu entnehmen war. Ein Kapitel dieses von Alfred Mechttersheimer mit herausgegebenen Buchs wurde ausdrücklich überschrieben: »Ein besetztes Land«.⁸⁷ Dieses argumentative Grundmuster, in Deutschland ein Opfer des Supermächte-Konflikts, aber insbesondere des durch Reagan verschärften »amerikanischen Imperialismus« zu sehen, durchzieht wie ein Leitmotiv zahlreiche Publikationen der Friedensbewegung und ihr nahestehender Intellektueller in den 1980er Jahren. Nicht nur von kommunistischer Seite lancierte Publikationen, sondern auch stärker auf Kritik auch an der Sowjetunion achtende Aufrufe und Dokumente verleihen dieser Wahrnehmung Europas als quasi-kolonialen Protektorat der Supermächte-Imperien Ausdruck.⁸⁸

Angesichts der harschen Kritik an den Plänen der US-Administration seitens vieler Mitglieder der Friedensbewegung wurde regelmäßig der polemisch zugespitzte Vorwurf ins Feld geführt, die Friedensbewegung huldige vorurteilsbeladenem Antiamerikanismus.⁸⁹ Dieser Vorwurf traf einen Nerv und rief schärfste Gegenreaktionen hervor. Heinrich Böll

83 *Heinrich Albertz*, Von der Nation und von Wichtigerem, in: *Jens*, In letzter Stunde, S. 135–142, hier: S. 135.

84 Vgl. *Philipp Gassert*, Anti-Amerikaner? Die deutsche Neue Linke und die USA, in: *Jan C. Behrends/Árpád von Klimó/Patrice G. Poutrus* (Hrsg.), *Anti-Amerikanismus im 20. Jahrhundert. Studien zu Ost- und Westeuropa*, Bonn 2005, S. 250–267; *Andrea Ludwig*, Neue oder deutsche Linke? Nation und Nationalismus im Denken von Linken und Grünen, Opladen 1995, S. 66.

85 Unser Haus, unser Kiez, unser Bauch. Gibt es einen neuen deutschen Nationalismus, in: *Der SPIEGEL*, 1.2.1982, S. 34–41, hier: S. 34; sowie der Leserbrief zum »neuen Nationalismus« in der Ausgabe vom 1. März 1982; Nationalistische Töne von weit Links, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.5.1982.

86 *Albertz*, Von der Nation, S. 135f.

87 *Alfred Mechttersheimer/Peter Barth* (Hrsg.), *Militarisierungsatlas der Bundesrepublik. Streitkräfte, Waffen und Standorte. Kosten und Risiken*, Darmstadt 1986, S. 13.

88 Diese Stilisierung zum Opfer klang vernehmlich in Artikelserien des Mainstreams der linksliberalen Hamburger Trias an, wo zum Beispiel der *SPIEGEL* im Juli 1981 titelte: »Deutschland – Schießplatz der Supermächte« und damit eine Formulierung aus dem Diskussionsbeitrag von Albertz auf dem Kirchentag übernahm. Die Serie wurde publiziert als *Wilhelm Bittorf* (Hrsg.), *Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher*, Reinbek 1982.

89 Als zeitgenössischen Reflex dieser Vorwürfe vgl. die Studie von *Emil-Peter Müller*, *Antiamerikanismus in Deutschland. Zwischen Care-Paket und Cruise Missile*, Köln 1986; zur Diskussion *Ziemann*, *A Quantum of Solace*, S. 372ff.

rief auf der Bonner Hofgardendemonstration am 10. Oktober 1981 ins Publikum, als Schriftsteller sei er wie seine Kollegen 1945 »von der amerikanischen Literatur befreit worden«. Er sei pro-amerikanischer als die CDU/CSU, in der die amerikanische Politik »weniger umstritten« sei »als in Amerika selbst«. ⁹⁰ »Nein, es ist *kein* Anti-Amerikanismus«, so der Tübinger Rhetorikprofessor Walter Jens, in »Übereinstimmung mit den Proklamationen der Bürgerrechts-Bewegung die Hybris des Reagan-Regimes beim Namen zu nennen« sowie Divergenzen zwischen deutschen und amerikanischen Überlebensplänen auszudeuten. ⁹¹ Auch die grüne Bundestagsabgeordnete und ehemalige Bundesvorstandssprecherin (das heißt Parteivorsitzende) Petra Kelly hob immer wieder die Gemeinsamkeit ihres Kampfs gegen die Reagan-Administration mit dem ihrer Freunde in den USA hervor. ⁹²

Für konservative Kreise war die massive Kritik an der Reagan-Administration eine willkommene Chance, bündnistreu und pro-amerikanisch aufzutreten. Wie früher Konrad Adenauer warnte der CDU-Vorsitzende und spätere Bundeskanzler Helmut Kohl vor der »Illusion eines dritten Weges«, einer »deutschen Sonderrolle« zwischen Ost und West. ⁹³ Die SPD betreibe »den bösen Geist des Antiamerikanismus«. ⁹⁴ Der sicherheitspolitische Streit erzeuge »schlechte Stimmung« im deutsch-amerikanischen Verhältnis und fördere in den USA isolationistische Trends. Lafontaine und Eppler seien »sowjetischer als die Sowjets«, Ausführungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner nannte Kohl eine »glatte Hilfsaktion« für die UdSSR. ⁹⁵ Die Kritiker des Doppelbeschlusses schürten Kriegsangst, doch die Union sei ebenso »für den Frieden«. ⁹⁶ Nicht die Moral der Abschreckung stehe zur Debatte, sondern die Verteidigung westlicher Werte und der Grundlagen der Demokratie, wie Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenrechte. Der Friede in Europa sei nicht das Ergebnis »neutralistischer Politik, sondern das Ergebnis der Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit des freien Westens«. Es gelte auch künftig, »in der Gemeinschaft freier Völker gemeinsam mit unseren Freunden unser Schicksal in Friede und Freiheit« gestalten zu können. ⁹⁷

Auch in den kritischen Jahren 1981 bis 1983 blieb die Zustimmung zur NATO und zum Bündnis mit den USA innerhalb der Bundesrepublik konstant hoch, ja verzeichnete so-

90 Heinrich Böll, Dieser Tag ist eine große Ermutigung, in: Bonn 10.10.1981. Reden, Fotos, hrsg. v. der Friedensdemonstration für Abrüstung und Entspannung in Europa/Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste/Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Bornheim 1981, S. 159–162, hier: S. 159.

91 Jens, Appell in letzter Stunde, in: *ders.*, In letzter Stunde, S. 7–26, hier: S. 13 (Hervorhebung im Original).

92 Petra Kelly, »Sie sollen sich Sorgen machen«. Rede auf dem zweiten Forum der Krefelder Initiative, Dortmund, 21.11.1981, in: *dies.*, Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei in eine grüne Zukunft. Köln 1983, S. 69–71.

93 »Bericht des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl«, 29. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, 9./10. März 1981 in Mannheim, Ms., Bonn 1981, S. 23–45, hier: S. 34f., auch online unter URL: <<http://www.kas.de/wf/de/71.8935/>> [6.8.2012].

94 Ebd.

95 Kohl nennt Äußerungen Herbert Wehners eine »glatte Hilfsaktion für die Sowjetunion«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.2.1979; die weiteren Zitate bei Weber, Zwischen Nachrüstung und Abrüstung, S. 132.

96 So Kohl auf dem 30. Bundesparteitag der CDU: »Wir gehören zur deutschen Friedensbewegung«, Protokoll des 30. Bundesparteitags, 2. bis 5. November 1981 in Hamburg, Ms., Bonn, S. 28–57, hier: S. 33.

97 »Frieden und Freiheit. Resolution zur aktuellen Friedensdiskussion. Verabschiedet vom Bundesausschuss der CDU am 15. Juni 1981«, abgedr. in: Alfred Mechttersheimer (Hrsg.), Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluss, Reinbek 1981, S. 182–189, Zitate S. 186 und 189.

gar höhere Werte als zehn Jahre zuvor.⁹⁸ Sowohl die kulturelle als auch die politische Westbindung wurde bekräftigt. Gegner und Befürworter des NATO-Doppelbeschlusses sahen sich als Teil einer transatlantischen politischen Gemeinschaft, die eben über nationale Grenzen hinweg in sich zerstritten und uneinig war. So wenig in den USA Einigkeit über den außenpolitischen Kurs der Regierung Reagan bestand, so wenig konnte dies in der Bundesrepublik der Fall sein. Während Kohl bedauerte, dass er bei seinen Besuchen in den USA gegenüber *seinen* amerikanischen Freunden »bohrende Fragen« beantworten musste, »wohin der Weg der Bundesrepublik führt«⁹⁹, hob Kelly deutlich hervor, dass sie mit *ihren* amerikanischen Freunden um »Hoffnung kämpfte«¹⁰⁰, oder machte Brandt *seinen* Freunden in den USA klar, dass die Ablehnung neuer Raketen nicht Antiamerikanismus sei, sondern den Forderungen des amerikanischen »Freeze«-Movement entspreche, das in der Demokratischen Partei und bei liberalen Senatoren wie Edward Kennedy große Unterstützung fand.¹⁰¹

Es führt daher vermutlich nicht weiter, den Nachrüstungskritikern eine »Entfremdung von den Demokratien des Westens« zu attestieren und die eigenen damaligen Befürchtungen nachträglich im Gewand der Historiografie ins Recht zu setzen¹⁰², wenn Mitglieder der Friedensbewegung sich mit schöner Regelmäßigkeit auf Henry David Thoreau, Martin Luther King, Mahatma Ghandi und andere von der US-Friedensbewegung verehrte Protagonisten des gewaltfreien Widerstands beriefen und in diesem Sinne als Agenten der »Verwestlichung« und Verbreiterung einer, auch für die Nachrüstungsbeefürworter unstrittigen, demokratischen Protestkultur gesehen werden können.¹⁰³ Die Friedensbewegung stellte sicher, dass auf ihren Massenveranstaltungen und Demonstrationen prominente Teilnehmer aus den USA, Großbritannien und den Niederlanden sprachen und gut sichtbar auf dem Podium platziert wurden. Durchweg wird in ihren Broschüren dieser Internationalismus auch entsprechend visualisiert.¹⁰⁴ »Wir können uns berufen auf die entschiedene Haltung der katholischen und protestantischen Kirchenführer der USA und auf die dortige Friedensbewegung, ebenso auf die Erklärung der Kirchen in der DDR«, hieß es im »Friedens-Manifest '83« des Friedenscamps in Mutlangen im Sommer 1983.¹⁰⁵

98 Die Zustimmung zur NATO und zum Bündnis mit den USA betrug 75 bis 80 % in den frühen 1980er Jahren, in den 1970er Jahren sprachen sich nur 60 bis 70 % für einen Verbleib in der NATO aus, vgl. *Gebhard Schweigler*, Grundlagen der außenpolitischen Orientierung der Bundesrepublik Deutschland. Rahmenbedingungen, Motive, Einstellungen, Baden-Baden 1985, S. 158.

99 Helmut Kohl auf dem 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg, S. 33.

100 Vgl. den Titel ihres Buchs: *Kelly*, Um Hoffnung kämpfen.

101 Offener Brief des Vorsitzenden der SPD, Brandt, auf Fragen amerikanischer Freunde, 7.8.1983, in: *Willy Brandt*, Gemeinsame Sicherheit. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982–1992, bearb. v. *Uwe Mai/Bernd Rother/Wolfgang Schmidt*, Bonn 2009, S. 142–146.

102 So aber *Winkler*, Der lange Weg nach Westen, Bd. 2, S. 373, der seine innerparteiliche Kritik innerhalb der SPD auf diese Weise in den Stand einer historisch abgesicherten Aussage setzt. Vgl. die zeitgenössischen Beiträge von Winkler, Gesine Schwan und anderen in: *Jürgen Maruhn/Manfred Wilke* (Hrsg.), Wohin treibt die SPD? Wende oder Kontinuität sozialdemokratischer Sicherheitspolitik, München 1984. Ähnlich die inadäquate Darstellung in *Hans-Ulrich Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 5: Bundesrepublik und DDR, München 2008, S. 250.

103 So hob Kohl mehrfach darauf ab, dass es den Amerikanern nun »wahrlich nicht an demokratischem Verständnis etwa für Demonstrationen freier Bürger für Ziele [mangelt], die von denen der Regierung abweichen«, 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg, S. 33.

104 Vgl. die Fotos in: Bonn 10.10.1981; sowie die entsprechende Presseberichterstattung.

105 »Gemeinsam Gegen Atomraketen«, Friedenscamp Schwäbisch Gmünd vom 6.8. bis 4.9.1983. Handbuch, hektografierte Broschüre im Besitz des Verfassers.

IV. NUKLEARKRISE UND NS-VERGANGENHEIT

Sicherheitspolitik diene erneut als Kulisse, vor deren Hintergrund wie schon aus früheren Anlässen wie zum Beispiel während der Kontroverse über die Wiederbewaffnung über »Deutschlands Ort in der Welt« gestritten wurde, und zwar durchaus im Sinne einer prinzipiellen Westorientierung und Selbstverständigung darüber, was »demokratische Kultur« bedeute. Dabei spielte unvermeidlich auch die deutsche Vergangenheit eine zentrale Rolle. Vergangenheitspolitische Bezüge wurden regelmäßig als »Mahnung« und »Auftrag« zu friedlicher Politik ins Feld geführt, häufig aus Anlass des in den 1980er Jahren stark ausgeweiteten Gedenkens zu den 40. und 50. Jahrestagen der NS-Machtübernahme und des Zweiten Weltkriegs: »Deutschland, das in der Vergangenheit seine Nachbarn das Fürchten gelehrt hat, hat es nötiger als andere, durch Taten glaubwürdige Schritte in Richtung auf einen für alle sicheren Frieden zu unternehmen«, so der Appell einer Wilmersdorfer Friedensgruppe am 8. Mai 1980.¹⁰⁶

»Lehren aus der Vergangenheit« für oder wider die Nachrüstung wurden von beiden Seiten ohne viel Federlesens gemustert und werfen ein Schlaglicht auf den gesellschaftlichen Grundsatzcharakter der Debatte. Als Oppositionsführer begründete Kohl sein Eintreten für den Doppelbeschluss mit der »verantwortungsethischen« Position, dass »wir alle [...] die Lektion der Geschichte in zwei schrecklichen Kriegen gelernt [haben], die Vertriebenen und die Flüchtlinge, die Hinterbliebenen und die Gefallenen zweier Weltkriege«. Politik müsse durch »geschichtliche Erfahrung und praktische Vernunft der Apokalypse vorbauen, muss die Erpressung verhindern, die in der Möglichkeit der Entfesselung des Infernos liegt.«¹⁰⁷ In einem heftigen parlamentarischen Schlagabtausch im Juni 1983 warf CDU-Generalsekretär Heiner Geißler dem Grünen-Politiker Joschka Fischer vor, dass der gesinnungsethische Pazifismus der 1980er Jahre dem der 1930er Jahre gleiche, »der Auschwitz erst möglich gemacht habe«. Der Tod von Millionen Menschen wäre nicht erfolgt, so Geißler weiter, »wenn es die damalige Schwäche [...] der freiheitlichen Demokratien dem Diktator des nationalsozialistischen Regimes nicht leichtgemacht hätte, den Krieg zu beginnen. Das ist die Wahrheit.«¹⁰⁸

Fischer seinerseits hatte wenige Tage zuvor in einem SPIEGEL-Interview gesagt, es sei doch »moralisch erschreckend, dass es offensichtlich in der Systemlogik der Moderne, auch nach Auschwitz noch nicht tabu ist, weiter Massenvernichtung vorzubereiten.«¹⁰⁹ Zwar hatte er vor »schnellen Analogieschlüssen« zwischen NS-Verbrechen und dem Ost-West-Konflikt gewarnt, doch war seine Ausführung insofern repräsentativ, als in der Friedensbewegung die Parole »Nie wieder Krieg« und die Erinnerung an den nationalsozialistischen Judenmord als Motivation für gegenwärtiges politisches Handeln sehr weit verbreitet waren. Immer wieder wurde mit Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg zum »Widerstand gegen Atomraketen« geworben und öffentlich gepunktet. Die Gedenktage zum 8. Mai, zum »Antikriegstag« am 1. September oder das Andenken an anti-nationalsozialistische Widerstandskämpfer, an die Vertreibungen und in stark wachsendem Maße auch die Luftkriegserinnerung boten zentrale Anknüpfungspunkte, um das Publikum über die Vergegenwärtigung des Vergangenen zu einer »pazifistischen Haltung« zu mobilisieren.¹¹⁰

106 Wilmersdorfer Friedensappell (der Friedensinitiative Wilmersdorf im Kulturhaus Wilmersdorf e. V.), 8.5.1980, Faksimile in: *Fritz Teppich*, Flugblätter und Dokumente der Westberliner Friedensbewegung 1980–1985, Berlin 1985, S. 15.

107 Helmut Kohl auf dem 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg, S. 33f.

108 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, 10. Wahlperiode, 13. Sitzung, 15.6.1983, S. 755.

109 »Wir sind ein schöner Unkrautgarten«, SPIEGEL-Gespräch mit Joschka Fischer und Otto Schily, in: *Der SPIEGEL*, 13.6.1983, S. 23–27, hier: S. 26.

110 Für die Zusammenhänge zwischen Luftkriegserinnerung und Friedensbewegung vgl. die Fallstudien zu Würzburg (Georg Seiderer), Hagen (Ralf Blank) und Pforzheim (Christian Groh),

So forderte die erwähnte Wilmersdorfer Friedensinitiative dazu auf, dass die Älteren »sich erinnern« sollten, um die Jungen durch ihre Erzählungen gegen ein leichtfertiges Vergessen dessen zu immunisieren, »was das hieß: Hunger – Kälte – Flüchtlingselend – Ausgebombtsein«. ¹¹¹ Mit Zitaten aus dem Stuttgarter Schuldbekennnis der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1945 beschwor eine christliche Berliner Initiative, in einer Stadt, »in der die Wunden des letzten Krieges noch sichtbar« seien, »rechtzeitig unsere Stimme« zu erheben, »nicht erst wieder, wenn es zu spät ist«. ¹¹² Auch der Schriftsteller und spätere Literaturnobelpreisträger Günter Grass führte schweres vergangenheitspolitisches Geschütz ins Feld, als er hinter der Logik der atomaren Rüstung jene »zynische Abwendung von den Grundwerten menschlicher Ethik« vermutete, »die damals die Wannsee-Konferenz, den Beschluß der Endlösung zur Folge gehabt hat und die in unseren Tagen militärische Planspiele produziert, deren Ernstfallverläufe hier fünfzig und anderswo achtzig Millionen Tote als unvermeidbaren Ausfall verbuchen«. ¹¹³

Es waren nicht allein der nationalsozialistische Judenmord, der Zweite Weltkrieg und seine Jahrestage (wie übrigens auch der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 ¹¹⁴), sondern auch der Erste Weltkrieg und das Kaiserreich, die für die aktuelle außen- und sicherheitspolitische Debatte zahlreiche Möglichkeiten historischer Rückbezüge und der geschichtspolitischen Instrumentalisierung eröffneten, so wie ja auch die großen geschichtspolitischen Gesten von Helmut Kohl sich auf beide Weltkriege bezogen. ¹¹⁵ Vergleiche zur Juli-Krise 1914 wurden besonders häufig während der Doppelkrise um Afghanistan und die Besetzung der US-Botschaft in Teheran 1979/80, das heißt zu Beginn der Nachrüstungsdebatte formuliert. Vor allem der SPIEGEL, allen voran Rudolf Augstein in seinen Kommentaren zur Krisenhaftigkeit der internationalen Beziehungen der 1980er Jahre, stellte regelmäßig historische Parallelen zu Bismarck, Wilhelm II., dem Kaiserreich und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs her. ¹¹⁶ Es dürften insgesamt in den frühen 1980er Jahren die Bezüge auf 1914 nicht seltener gewesen sein als die auf die NS-Zeit, wobei sich aufgrund des höheren Skandalwerts der NS- beziehungsweise Holocaust-Vergleiche letztere geschichtskulturell vermutlich stärker abgelagert haben dürften und daher in Erinnerung geblieben sind. Erst im Verlauf der 1980er Jahre ergab sich eine Verlagerung von 1914er-Analogien zu Holocaust-Analogien, was auch mit dem Sieges-

in: Jörg Arnold/Dietmar Süß/Malte Thießen (Hrsg.), Luftkrieg. Erinnerungen in Deutschland und Europa, Göttingen 2009, S. 159–160, 180–181 und 190–195; sowie umfassend Jörg Arnold, *The Allied Air War and Urban Memory. The Legacy of Strategic Bombing in Germany*, Cambridge/New York etc. 2011, S. 283–309.

111 Flugblatt der Friedensinitiative Wilmersdorf, in: *Teppich*, Flugblätter und Dokumente, S. 25.

112 Berliner Christen gegen den Atomtod [circa Oktober 1981], in: ebd., S. 85.

113 Günter Grass, Vom Recht auf Widerstand. Rede auf der Gedenkveranstaltung der SPD zum 50. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers in Frankfurt, in: *ders.*, Essays und Reden, Bd. 3: 1980–1997, Göttingen 1997, S. 63–70.

114 Vgl. die Ausführungen von Brandt aus Anlass von Gesprächen in Moskau, in: AdG, 8.7.1981, S. 24723.

115 Mit dem Auftritt gemeinsam mit François Mitterrand in Verdun beziehungsweise mit Ronald Reagan in Bitburg und Bergen-Belsen als zentralen ereignisgeschichtlichen Markierungen, vgl. Jan-Holger Kirsch, Hier geht es um den Kern unseres Selbstverständnisses als Nation. Helmut Kohl und die Genese des Holocaust-Gedenkens als bundesdeutscher Staatsräson, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 2008, Nr. 43/44, S. 40–48.

116 Rudolf Augstein, Krieg in Sicht?, in: Der SPIEGEL, 14.1.1980; Trotz Kissinger Holocaust, in: Der SPIEGEL, 28.1.1980; SPIEGEL-Titel »Wie im August 1914? Angst vor dem großen Krieg«, 21.4.1980; Angst, dass die Sicherungen durchbrennen, in: ebd. (Vergleich Afghanistan – 1914); Letzter Sprung in den Abgrund? Kriegsausbruch 1914 und Krisenlage 1980 – vieles ist analog, in: ebd.

zug dieses Begriffs in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg im Laufe der 1980er Jahre zu tun haben dürfte.¹¹⁷

War zu Beginn des »Raketenstreits« oft noch der Erste Weltkrieg primär Fokus historischer Vergleiche und Analogien¹¹⁸, so rückte mit wachsender Dringlichkeit der Debatte und gleichzeitig wachsender Prominenz des »Holocaust« in der Erinnerungskultur westlicher Länder der NS-Judenmord ins Zentrum der geschichtspolitischen Bezüge, wie sich ja auch die Bezüge auf »deutsche Opfer« im Kontext der Nachrüstungsdebatte verstärkten. 1982/83, das heißt auf dem Höhepunkt der Nachrüstungskontroverse, wurde Hunderte und Tausende Male durch Worte, entsprechende Visualisierung und symbolische Handlungen (Demonstrieren in Häftlingskleidern, mit auf Plakate geschriebenen Parolen wie »Pershing macht frei«¹¹⁹; symbolisches Massensterben in Fußgängerzonen¹²⁰) eine Parallele von »nuklearem Holocaust« und Judenmord gezogen.¹²¹ Angesichts der Bedeutung, die dem Holocaust in der westlichen Erinnerungskultur in den 1980er Jahren als zentraler moralischer Referenz allmählich zuwachsen sollte¹²², stellten beide Seiten in aus heutiger Sicht geradezu befremdlicher Schärfe heraus, dass es hier längst nicht mehr um eine sicherheitspolitische Frage ging. Es wurde mit einer durch die »Wende« von 1982/83 noch einmal verschärften Polemik darüber gestritten, »wohin die Bundesrepublik trieb«, in welche Richtung sich Politik und politische Kultur entwickelten und ob eine »linksliberale politische Hegemonie« erfolgreich gegen eine »neokonservative Tendenzwende« verteidigt werden könne.¹²³

Die atemberaubend holzschnittartige Instrumentalisierung der NS-Vergangenheit während der Nachrüstungsdebatte verweist auf eine stärkere Akzeptanz oder wenigstens auf einen breiteren Kenntnisstand um den Judenmord im Zweiten Weltkrieg. So wenig die Kontrahenten in ihren politischen Folgerungen auch darin übereinstimmten, wozu »Hitler«

117 Dies ist mein Eindruck auf der Basis einer ersten Auswertung der historischen Bezüge der Berichte zur Nachrüstungskontroverse im SPIEGEL und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die Forschung hat sich bisher vor allem mit NS-Bezügen befasst, so geht *Conze*, *Modernitätsskepsis*, auf die politische Instrumentalisierung des Holocaust ein, erwähnt aber den Ersten Weltkrieg nicht.

118 Dass die Analogien zu 1914 auch während der Hochphase 1983 weiter gezogen wurden, zeigen zum Beispiel die Ausführungen von Oskar Lafontaine, der an die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914 erinnerte als einen historischen Fehler der Parteigeschichte, der sich nicht wiederholen dürfe, in: *AdG*, 27.10.1983, S. 27106; der Grünen-Politiker Rudolf Bahro meinte am 20. November 1983, derzeit herrsche »die Mentalität von 1914«, Reagan präpariere eine neues Sarajewo, in: *AdG*, 22.11.1983, S. 27193. Helmut Kohl seinerseits erinnerte vor seiner Fraktion daran, dass 1914 aus subjektivem Fehlverhalten hervorgegangen sei, nicht aus Kriegswillen heraus, vgl. *Andreas Rödder*, Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik. Die Regierung Kohl-Genscher, der NATO-Doppelbeschluss und die Innenseite der Außenpolitik, in: *Gassert/Geiger/Wentker*, *Zweiter Kalter Krieg*, S. 123–136, hier: S. 126.

119 Vgl. die Illustrationen in *Nick/Scheub/Then*, *Mutlangen*.

120 Diesmal wollen wir nicht schweigen, in: *Der SPIEGEL*, 29.8.1983; der Artikel berichtet über die geplante Aktionswoche im Oktober 1983, unter anderem über ein Neu-Ulmer Friedenscamp unter dem Motto »Wollt ihr den totalen Frieden« sowie über Programmpunkte wie »Veranstaltungen mit ehemaligen Flakhelferinnen«.

121 Der Begriff des »nuklearen Holocaust« war schon 1981 anscheinend so selbstverständlich, dass er ohne nähere Erläuterung als Buchtitel dienen konnte, vgl. *Guha*, *Die Nachrüstung – Der Holocaust Europas*.

122 Vgl. *Jan Eckel/Claudia Moisel* (Hrsg.), *Universalisierung des Holocaust? Erinnerungskultur und Geschichtspolitik in internationaler Perspektive*, Göttingen 2008.

123 Gut sichtbar wird der Zusammenhang mit dem heraufziehenden »Historikerstreit« etwa in Äußerungen wie denen von *Hans-Ulrich Wehler*, *Geschichtswissenschaft heute*, in: *Jürgen Habermas* (Hrsg.), *Stichworte zur geistigen Situation der Zeit*, Bd. 2: *Politik und Kultur*, Frankfurt am Main 1979, S. 709–753.

jetzt »mahnte«, welcher politische und moralische Imperativ aus der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg im Hier und Jetzt abgeleitet werden könnte, so sehr schien sich doch ein Konsens zu formieren, dass das Selbstverständnis der Bundesrepublik nun einmal auf der Akzeptanz nicht nur der von »deutschem Boden« ausgegangenen Kriege basierte, sondern gerade auch der spezifischen Verbrechen der NS-Zeit, deren rückhaltloser Ablehnung es bedurfte: »Wir wollen aus der Geschichte lernen. Wir wollen nie wieder die Fehler machen, die zur Nazibarbarei geführt haben«¹²⁴, so Kohl. Vermied der CDU-Vorsitzende auch den Vergleich mit Auschwitz, so ähnelten die oben erwähnten Bezüge seines Generalsekretärs denen, welche von Mitgliedern der Friedensbewegung gebraucht wurden, so hatte etwa die in New York lehrende deutsche Theologin Dorothee Sölle in Mutlangen die Pershing II als »fliegende Verbrennungsöfen« bezeichnet.¹²⁵ Dies ist ein im Rückblick vielleicht nicht ganz so schockierendes Verdikt, wenn man sich vor Augen hält, dass sich Mitglieder der amerikanischen *Ploughshares*-Bewegung auf vergleichbar drastische Weise historischer Analogieschlüsse bedienten.¹²⁶

V. NUKLEARKRISE UND DEMOKRATISCHE PROTESTFORMEN

Beide Seiten stritten im Nachrüstungskonflikt darum, was die Orientierung nach Westen, das Verhältnis zu den USA und die zunehmende historische Beschäftigung mit dem Holocaust, aber auch der Rückgriff zu den beiden Weltkriegen als erinnerungspolitische Markierungen für das politische Handeln im Herbst 1983 bedeuteten. Ob nun 1914 oder 1939 zum Nachrüsten oder zum Gegenteil mahnten: Geschichtspolitisch wurde auf dem gleichen Spielfeld gerungen, beide Seiten der Kontroverse orientierten sich historisch und politisch prinzipiell an denselben Ereignissen, allerdings ohne zu den gleichen Schlussfolgerungen zu kommen. Beide Seiten bezogen sich auf die »Lehren aus der Vergangenheit«, beide reklamierten aber daraus unterschiedliche Handlungsanweisungen. Dies gilt auch für die Vorstellung, dass Deutschland und Europa als Friedensmächte zwischen den Blöcken ausgleichend wirken konnten.¹²⁷ Auch hierzu findet sich in den Quellen viel formelhafte Gemeinsamkeit, ohne dass es hier nun nennenswerte Übereinstimmung in Hinblick auf die Entscheidung über den NATO-Doppelbeschluss gegeben hätte.¹²⁸

Diese graduelle Ausweitung des Basiskonsenses in der politischen Kultur dürfte sich selbst in den hochkontroversen Auseinandersetzungen um die Protestformen zeigen, deren Akzeptanz insgesamt zugenommen hatte. Um die Frage der »Blockaden« entbrannte in den 1980er Jahren ein heftiger juristischer und politischer Streit, der erst Jahre nach dem Ende der »alten« Bundesrepublik entschieden werden konnte. Während Demonstrationen zu den grundsätzlich von allen Seiten akzeptierten politischen Artikulationsformen gehörten, die nicht zuletzt über eine lange Tradition in der organisierten Arbeiterbewegung verfügten, so gilt dies nicht für bestimmte Formen des zivilen Ungehorsams wie die aus den USA beziehungsweise aus Indien importierten Sitzblockaden, die vor Raketendepots wie in Mutlangen oder Heilbronn stattfanden. Diese Blockaden wurden von den Gerichtshöfen noch lange als Ausübung von Gewalt angesehen und es wurde intensiv

124 Helmut Kohl auf dem 30. Bundesparteitag der CDU in Hamburg, S. 30.

125 Nick/Scheub/Then, Mutlangen, S. 6.

126 Vgl. Mausbach, Vereint marschieren.

127 Diesen relativ breiten Konsens konnte Helmut Schmidt noch einmal am 31. März 1982 formulieren, vgl. dessen Ausführungen im Bundestag, in: AdG, 31.3.1982, S. 25471f.

128 Zeitgenössisch wurde das oft nicht so gesehen, wenn es zum Beispiel für Otto Schily den Anschein hatte, als wäre »einer ganzen Generation von Politikern der Begriff des Friedens abhanden gekommen«, vgl. dessen Ausführungen im Bundestag am 21. November 1983, in: AdG, 22.11.1983, S. 27197.

über das Ausmaß der damit einhergehenden Nötigung gestritten. Gerade von konservativer (politischer, aber auch polizeilicher und richterlicher) Seite wurde vehement gegen die Blockaden vorgegangen.¹²⁹

Dem stehen Äußerungen gegenüber, wonach konservative Nachrüstungsbeefürworter schon zeitgenössisch eine relativ entspannte Haltung an den Tag legen konnten. So zum Beispiel Helmut Kohl, der sich im September 1983 in einer Fraktionssitzung seiner Partei über die Blockaden wie folgt amüsierte:

»Wenn die Leute partout auf der Straße sitzen wollen – dann lassen wir sie sitzen [...]. Es wird aus vielen Anlässen Verkehr umgeleitet, dann kann man den Verkehr auch um Leute herumleiten, die da sitzen wollen. Die Jahreszeit ist ja vielleicht so, dass das Sitzen dann nicht mehr ganz so komfortabel ist.«¹³⁰

Auch hob Kohl zeitgenössisch fast schon mantrahaft auf den »subjektiv« guten Willen der Nachrüstungsgegner ab, denen er zwar kaum politische Klugheit attestierte, jedoch ernsthaftes politisches Engagement. Deutlich weniger langmütig klingt der Altkanzler im Rückblick, wenn er in seinen »Erinnerungen« vor allem die gewalttätigen Aspekte der Proteste betont und fast durchgängig auf die Rolle der östlichen finanziellen Unterstützung abhebt, und so die DDR und ihre Agenten als hauptverantwortliche Verführer für die Mobilisierung des Protests gegen den NATO-Doppelbeschluss brandmarkt.¹³¹ Er übernimmt damit im Nachhinein ungeschmälert die zeitgenössischen Positionen des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß, der sich schon damals deutlich kritischer gegenüber der Friedensbewegung positionierte als Kohl und einige liberal-konservative CDU-Größen wie Geißler.¹³²

Entgegen diesen geschichtspolitisch scharfen retrospektiven Abgrenzungen war die CDU in den 1980er Jahren, und zwar auch ein Teil ihrer politisch maßgeblichen Mitgliederschaft, bereit, sich mit dem Anliegen der Friedensbewegung auseinanderzusetzen und sie zwar kritisch, aber doch differenziert zu betrachten. So wurde von einigen Persönlichkeiten wie dem früheren Generalsekretär Kurt Biedenkopf kurzfristig sogar die atomare Abschreckung ganz abgelehnt.¹³³ Der JU-Vorsitzende und nachmalige Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann oder andere CDU-Nachwuchskräfte wie der damalige Vorsitzende der Schüler-Union und spätere Bundespräsident, Christian Wulff, machten klar, dass man die Motive der Friedensbewegung verstehen und anerkennen müsse. So fand Wulff auf dem Bundesparteitag der CDU 1981 erstmals nationale Aufmerksamkeit, als er forderte, man solle »berücksichtigen, dass viele Menschen in diesem Lande, jüngere wie ältere, Angst haben«.¹³⁴ Auch CDU-Generalsekretär Geißler drängte seine

129 Ausführlich *Offenloch*, Erinnerungen an das Recht.

130 Helmut Kohl in der CDU/CSU-Fraktionssitzung vom 6. September 1983, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Sankt Augustin, 08-001, 1071/1, 10/10, zit. nach: *Rödter*, Bündnissolidarität und Rüstungskontrollpolitik, S. 133.

131 Vgl. *Helmut Kohl*, Erinnerungen 1982–1990, München 2005, S. 192–197; Wirsching betont Kohls damals kompromisslose Haltung, vgl. *Andreas Wirsching*, Die Beziehungen zu den USA im Kontext der deutschen Außenpolitik 1982–1998, in: *Günter Buchstab/Hans Otto Kleinmann/Hanns Jürgen Küsters* (Hrsg.), Die Ära Kohl im Gespräch. Eine Zwischenbilanz, Weimar 2010, S. 357–366.

132 Die relativ kompromisslose Haltung von Strauß und der CSU im Vergleich zu Kohl und der CDU wird deutlich im 12-Punkte-Papier »Politik für Sicherheit, Frieden und Freiheit«, 19.11.1983: »Lebensfragen unserer Sicherheit können und dürfen nicht von außerparlamentarischen Bewegungen der Straße beeinflusst oder gar entschieden werden, wenn diese Kräfte in wesentlichen Teilen von Handlangern Moskaus gesteuert werden«, in: AdG, 22.11.1983, S. 27192.

133 *Kurt Biedenkopf*, Rückzug aus der Grenzsituation, in: Die ZEIT, 30.10.1981. Für diesen Artikel wurde Biedenkopf im CDU-Vorstand gerügt.

134 Protokoll des 30. Bundesparteitags in Hamburg, S. 60; Wissmanns Äußerungen ebd., S. 88–90.

Partei dazu, in einen Dialog mit der Jugend einzutreten, und lud deshalb junge Menschen und sogar Mitglieder der Friedensbewegung zu Diskussionen auf den CDU-Parteitag 1981 nach Hamburg ein.¹³⁵

Unter dem Motto »Wir gehören zur deutschen Friedensbewegung« suchten einerseits liberal-konservative Kräfte in der CDU diskursiv mit der Formel vom »Frieden in Freiheit« das Anliegen der Friedensbewegung zu unterlaufen¹³⁶, aber sie waren andererseits durchaus bereit, zu einem gewissen Grad deren Aktionsformen in das eigene Repertoire zu übernehmen. Weil sich die Union in der Friedensbewegung mit einem gut informierten, schlagkräftig organisierten und vor allem laut- und meinungsstarken Gegner konfrontiert sah, der Rückgriff auf die alternativen Expertennetzwerke der Friedensforschung besaß¹³⁷, und sich vor allem auf den evangelischen, aber auch auf den katholischen¹³⁸ Kirchentagen eine potenziell zur Kernklientel der Union zählende Wählergruppe von den gesinnungsethischen Argumenten der Stationierungsgegner anstecken ließ, hatten die Vertreter der Union hier oft einen schweren Stand.¹³⁹ Dieses Defizit versuchte man systematisch auszugleichen. Spätestens mit dem Bundesparteitag im November 1981 (mit 2.700 Teilnehmern der größte Partei-Kongress der Nachkriegsgeschichte) war das Friedens-thema ganz oben auf der Agenda der Unionspolitik angelangt. Die dabei fehlende Geschlossenheit innerhalb der Partei deutete jedoch auf einen bei den Christdemokraten, ähnlich wie auch im sozialdemokratischen Milieu, bestehenden sachlichen und zum Teil generationellen Konflikt hin, dem man mit Dialogangeboten und »Neuen Formen der Parteilarbeit« in Gestalt »offener Parteitage« und Foren begegnen wollte.¹⁴⁰

Hatte schon »1968« gelegentlich auf die Union abgefärbt¹⁴¹, so wirkte auch der Aktions- und Politikstil der Friedensbewegung ansteckend: Als die CDU am 5. Juni 1982, wenige Tage vor einem Besuch Reagans, ihre erste Großdemonstration im Bonner Hofgarten organisierte, orientierte sie sich nicht nur in Umsetzung und Art der Veranstaltung – mit einem Begleitprogramm in einer »Bunten Meile«, mit Auftritten von Bands und Promi-

135 Ebd., Der Bundesparteitag selbst stand unter dem Motto »Mit der Jugend«.

136 Lutz Kaupp, *Konservative Sprachkritik und Wahlkampfstrategien der CDU in den frühen achtziger Jahren am Beispiel der Formel »Frieden in Freiheit«*, Hannover 1993.

137 Vgl. Corinna Hauswedell, *Friedenswissenschaften im Kalten Krieg. Friedensforschung und friedenswissenschaftliche Initiativen in der Bundesrepublik in den achtziger Jahren*, Baden-Baden 1997; Ulrike C. Wasmuht, *Geschichte der deutschen Friedensforschung. Entwicklung, Selbstverständnis, politischer Kontext*, Münster 1998.

138 So sah sich der unter dem Motto »Kehrt um und glaubt – erneuert die Welt« stehende 87. Katholikentag im September 1982 in Düsseldorf mit den von friedensbewegten Jungchristen und der »Initiative Kirche von unten« organisierten Gegenveranstaltungen »Kehrt um. Entrüstet euch!« konfrontiert.

139 Vgl. zur Friedensbewegung im kirchlichen Bereich Sebastian Kalden/Jan Ole Wiechmann, Kirchen, in: Becker-Schaum/Gassert/Klimke, *Entrüstet Euch*, S. 247–261.

140 Dokumentation: Die CDU im Gespräch mit der Jugend. Zwischenbericht über die Aktivitäten der Partei seit dem Hamburger Parteitag, Bonn 1982. »Dialog« und »offene Parteitage« wurden in der Folge bis auf Kreisverbandsebene weitergeführt. Bereits im Mai 1981 beschloss eine Landesgeschäftsführerkonferenz die Einsetzung der Kommission »Neue Formen der Parteilarbeit« mit den Unterkommissionen »Spitzenpolitikerveranstaltungen«, »Zielgruppenarbeit«, »Massenverteilungsmittel« und »Ortsverbandsarbeit«; dort gewonnene Erkenntnisse flossen in neue Handlungsanweisungen zur Parteilarbeit sowie in den Bundestagswahlkampf 1983 ein, vgl. Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs. 31. Bundesparteitag, 25./26. Mai 1983 in Köln, Ms., Bonn 1983, S. 9ff.; vgl. auch Handbuch für die Ortsverbandsarbeit. Erfolgreich für die CDU, Bonn 1983.

141 Vgl. Frank Bösch, *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*, München 2002, S. 94ff.

nennten – stark am Repertoire der Gegenseite.¹⁴² Auch ging es dabei um eine symbolische Rückeroberung des von der Friedensbewegung ein gutes halbes Jahr vorher besetzten Terrains.¹⁴³ Der für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen CDU-Bundesgeschäftsstelle stand ab September 1981 ein erfahrener Kämpfer der 1968er Jahre und ausgewiesener Experte in Sachen politischer Kommunikation, der Wahlkampfmanager und spätere Berliner CDU-Kultursenator Peter Radunski als Bundesgeschäftsführer vor.¹⁴⁴ Als vorläufiger Höhepunkt des »heißen« Debattenherbstes im Stationierungsjahr 1983 organisierte er zum Beispiel die Aktion »10.000 Friedenstag der CDU – Gemeinsam für Frieden und Freiheit«, um auch auf Ortsverbandsebene die Mitglieder zu schulen und die Diskursivität zurückzugewinnen.¹⁴⁵

VI. FAZIT

Die Tatsache, dass die CDU ihren kommunikativen Stil neuen Umgangsformen anpasste, ist noch kein Beleg für die integrierende Funktion der Nuklearkrise. Hier wird es noch weiterer Forschungen bedürfen, um genauer bestimmen zu können, in welchem Umfang exakt die Kontroverse über den NATO-Doppelbeschluss als Teil einer bundesrepublikanischen Arbeit am Konsens gesehen werden kann. Dennoch: Sozioökonomische »Unsicherheit« und Krisenperzeptionen erzwangen Umdenken und Anpassung, eröffneten aber angesichts des in der 1970er Jahren abgeschlossenen Übergangs zur Konsumgesellschaft gerade im Bereich der politischen Kommunikation auch neue Chancen.¹⁴⁶ Die als »Rebellion am Markt« ironisierten Proteste der 68er entfalteten so vermittelt auch über die sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre eine weitere Breitenwirkung.¹⁴⁷ Diese Rezeption neuer Formen der Vermittlung von Politik wurde auf der Ebene der Populärkultur angesprochen, sie lässt sich aber auch an den medialen Strategien von Protestbewegung und Unionsparteien während der Nachrüstungskontroverse ablesen, wenn man betrachtet, was letztere von ersterer lernten. Protest wurde sozial akzeptierter, indem sich bisher wenig protestaffine Kreise gegenüber bestimmten Formen der politischen Kommunikation und der populären Kultur öffneten.

142 Vgl. Deutsches Monatsblatt Mai 1982, Nr. 5; Aktionszeitung: 5. Juni, Hofgarten in Bonn – Großdemonstration Gemeinsam für Frieden und Freiheit, ACDP, Bundespartei, Ordner 2/20, 2/207 Broschüren und Flugblätter Jan. '82 – Aug. '83.

143 Mit der Hofgartendemonstration vom 10. Oktober, vgl. Bonn 10.10.1981.

144 Nichts dem Zufall überlassen, in: Die ZEIT, 4.2.1983; Heiner Geissler: »Ich bin voll unabhängig«, in: Der SPIEGEL, 29.9.1986; Die kleinere Lösung – Der Mann, der die Hauptstadt-Entscheidung managte, war als Kultursenator bis zuletzt nicht erste Wahl, in: Berliner Zeitung, 26.1.1996.

145 Eine genaue Übersicht über den konkreten Verlauf, die im Zusammenhang mit der Aktion in großem Umfang publizierten Materialien (allein elf verschiedene Argumentationsbroschüren) sowie der massiven Zahl durchgeführter Veranstaltungen finden sich in: Union in Deutschland 26, 1983, 1.9.1983; Deutsches Monatsblatt Juli/August 1983, Nr. 7/8; Bericht der Bundesgeschäftsstelle. Anlage zum Bericht des Generalsekretärs. 32. Bundesparteitag, 9. bis 11. Mai 1984 in Stuttgart, Ms., Bonn 1984, S. 6ff.; Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Dokumentation der Aktion »10000 Friedenstag der CDU«, Bonn 1984, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin, CDU, Bundesgeschäftsstelle 07-001-12471, Akten der HA IV.

146 Frank Bösch/Norbert Frei (Hrsg.), Medialisierung und Demokratie, Göttingen 2006; Philipp Gassert/Christina von Hodenberg, Medien: Manipulation und Markt, in: Kiran Klaus Patel/Christoph Mauch (Hrsg.), Wettlauf um die Moderne. Die USA und Deutschland 1890 bis heute, München 2008, S. 426–453; Werner Faulstich, Die Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts, Paderborn 2012.

147 Axel Schildt/Detlef Siegfried (Hrsg.), Between Marx and Coca-Cola. Youth Cultures in Changing European Societies, 1960–1980, Oxford 2006.

So kompromisslos sich die Standpunkte auch während der Nachrüstungsdebatte oft einander gegenüberstanden, so lässt sich doch im Rückblick von 30 Jahren deutlicher erkennen, wie viele Gemeinsamkeiten die Kontrahenten verbanden. Weder drifteten in den 1980er Jahren »harmoniebedürftig« gewordene Westdeutsche in weltpolitische Verantwortunglosigkeit und »Machtvergessenheit« ab, wie der Politikwissenschaftler Hans-Peter Schwarz 1985 befürchtete¹⁴⁸, noch standen sie kurz davor, sich als »Wanderer zwischen Ost und West« aus dem westlichen Bündnis zu lösen.¹⁴⁹ Weder wurden die düsteren Szenarien von Literaten wie Jonathan Schell oder Anton-Andreas Guha Wirklichkeit, die der Welt einen »atomaren Holocaust« prophezeiten, weil ein Krieg immer wahrscheinlicher werde.¹⁵⁰ Noch erwies sich der Satz des Journalisten und CDU-Renegaten Franz Alt, »Raketen sind Magneten«, als rechtzeitiger Alarm.¹⁵¹ Vielmehr scheint sich die kulturelle und politische Westbindung gefestigt zu haben, lässt sich eine allmähliche Akzeptanz der NS-»Erblast« als eine positive Ressource im Selbstverständnis der Bundesrepublik beobachten¹⁵² und fanden bestimmte Formen des Protests und der politischen Kommunikation breitere Resonanz. Auch inhaltlich dehnte sich damit der Minimalkonsens über die Grundlagen der westdeutschen Demokratie als einer post-nationalsozialistischen, demokratischen Ordnung eher aus, als dass er geschmälert worden wäre.¹⁵³

148 Hans-Peter Schwarz, *Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit*, Stuttgart 1985, S. 107f.

149 So Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2, S. 373.

150 Jonathan Schell, *Das Schicksal der Erde. Gefahr und Folgen eines Atomkriegs*, 5. Aufl., München 1984 (die Auflagenhöhe betrug zu diesem Zeitpunkt bereits 116.000).

151 Franz Alt, *Frieden ist möglich. Die Politik der Bergpredigt*, München 1983, S. 43.

152 Vgl. den Beitrag von Jacob Eder in diesem Band.

153 Hierzu das Forschungsprojekt »Die Nuklearkrise: Nachrüstung, politischer Protest, Populärkultur und gesellschaftliche Selbstverständigung in den 1980er Jahren« an der Universität Augsburg, URL: <<http://www.philhist.uni-augsburg.de/lehrstuehle/geschichte/transatlantische/forschung/Projekte/Nuklearkrise/>> [9.7.2012].